

Proletarische Kämpfer

Einzelnummer 10 Pfennig

Bei Zeitungshändlern und in allen Städten erhältlich.

Tageszeitung der KPD / Section der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturschiff / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der kommunistische Genossenschaftsberater

Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2.20 Reichsmark (ohne Aufstellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-II / Geschäftsführer und Redaktion: Güterbahnhofstraße 2 / Herausgeber: 17259 / Postleitziffer: Dresden-III 18690 / Sprechstunden: Montage von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwochs von 17 bis 18 Uhr für betriebs- und arbeitsrechtliche Fragen, Freitag von 18 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde

Abgabepreis: die neunmal gesetzte Monatsabgabe oder deren Haushalt 0.35 RM. für Familienanzeigen 0.20 RM. für die Dienstboten angeschlossen an den dreihäusigen Teil einer Zeitschrift 1.50 RM. Anzeigen-Aufnahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-II Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Bevölkerung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückhaltung des Bezugspreises

5. Jahrgang

Dresden, Donnerstag den 3. Oktober 1929

Nummer 231

Der Koalitionsraubzug gesichert!

SPD, Zentrum und Demokraten stimmen für die Vorlage / Volkspartei sichert Annahme durch Stimmenhaltung
Der Fall Stolte und die Kommunisten

**Reichsaufßenminister
Dr. Stresemann gestorben**

III, 3. Oktober.

In der Nacht vom 2. zum 3. Oktober starb in Berlin der deutschvolksparteile Reichsaufßenminister Dr. Gustav Stresemann. Nachdem Stresemann am gestrigen Mittwochabend noch an der Arbeit gewesen war, erlitt er gegen 23 Uhr einen Schlaganfall, wobei er in tiefe Bewußtlosigkeit fiel. Es wurde sofort sein Arzt, Prof. Jondel, herbeigerufen und lange Zeit darauf auch Prof. Kraus. Die Ärzte konnten aber Dr. Stresemann nicht mehr retten, 5.17 Uhr verschied Dr. Stresemann. Zu bemerken ist noch, daß nach dem Schlaganfall eine rechtsseitige Lähmung austrat. Als Todesursache wurde festgestellt Schlaganfall, wahrscheinlich infolge der Venenverschlüsse, an der Stresemann schon seit längerer Zeit litt und die ihm außerordentlich viel zu schaffen machte. Über den Nachfolger Stresemanns kann im Augenblick lediglich noch nichts gesagt werden. Zunächst wird Staatssekretär v. Schubert die Geschäfte des Auswärtigen Amtes führen. Die für heute um 10 Uhr angelegte Reichstagsitzung wird, wie die TLL ferner erhofft, zunächst hinauslaufen, um mit einer Ansprache des Präsidenten eröffnet werden. Ob dann eine Änderung des Arbeitsplanes kommen wird, steht augenscheinlich noch nicht fest.

Stresemann wurde geboren am 10. Mai 1878. Schon in der Kriegszeit war er einer der herausragendsten Führer der National-Liberale, die sich bekanntlich nach Kriegsende die Bezeichnung „Deutsche Volkspartei“ zulegten. Nach Beendigung seines Studiums war Stresemann von 1902 bis 1918 Syndikus des Verbandes Sächsischer Industrieller und von 1914 bis 1923 gehobenstehendes Präsidiumsmitglied des Deutsch-amerikanischen Wirtschaftsverbandes. Von 1906 bis 1912 war er Stadtverordneter in Dresden, wo er überhaupt seine erste politische Tätigkeit begann. Dem Reichstag und der Nationalversammlung gehörte er seit 1914 an und war während des Krieges, von 1917 bis 1918, Vorsitzender der Nationalliberalen Reichstagsfraktion, und von 1920 bis 1923 der Führer der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei. Schon im Jahre 1923 bestellte er für einige Monate den Reichsanwaltsamt, während er ab November das Auswärtige Ministerium allein übernahm.

Aus diesen wenigen Angaben schon geht hervor, daß Stresemann einer der führenden und an vorderster Stelle stehenden Führer der deutschen Bourgeoisie war. Bei den verschiedenen politischen Schwierigkeiten, so z. B. bei der Ruhrbesetzung und in den gewaltigen Klassenkämpfen 1923, bei dem Abschluß des Darmstädter Abkommen, und nicht zuletzt bei der Beratung über den Youngplan erwies sich Stresemann als der geschickte Vertreter seiner Klasse. Er verstand es, durch raffinierte Manöver seiner Unabhängigkeit nachzuweisen, welchen materiellen Wert die sozialfascistische Staatsform, die Koalition mit der Sozialdemokratie, für die kapitalistische Klasse hat.

Sonders keine Rolle in der Völkerbundspolitik hat demgemessen, doch er einer der weitblickendsten Vertreter der deutschen Bourgeoisie ist, der begriff, daß trotz aller Gegenläufe eine Koalition der großkapitalistischen Mächte, wenn auch nur auf kurze Zeit, in der Lage ist, die Gefahren der Weltrevolution, die er auf dem Magdeburger Parteitag der Deutschen Volkspartei im Jahre 1924 aufzeigte, zu dämmen. Seine damals so eindrücklichen Darlegungen, die in späteren Neuerungen immer wiederkehrten, haben nicht verschont, daß die Bourgeoisie ihm die Führung ihrer Außenpolitik übertraute. Seine „demokratischen“ Formulierungen waren für die Sozialdemokratie ständiger Anlaß, die Arbeiterschaften zu überreden, daß die Bourgeoisie „nicht so gefährlich“ sei, wie es von den Kommunisten dargestellt ist. Um so leichter organisierte man hinter ihrer Deckung die Einwanderung in die Antikommunistenfront.

Das Ableben Stresemanns ist für die deutsche Bourgeoisie ein schwerer Schlag. Es wird schwerhalten, jemanden, der die Initiative und Weitsicht des Mandatserkers wie Stresemann in der immer schwieriger werdenden Situation aufweist, zu finden. Die Arbeiter müssen aber, daß das Ableben des Reichsaufßenministers keinerlei Veränderung im politischen Kurs der deutschen Bourgeoisie nach sich ziehen wird. Im Gegenteil, die steigende Unzufriedenheit der Bourgeoisie wird gerade jetzt zu einem außerordentlich verschärften Kurs gegen die Arbeiter und den armen Arbeiter- und Bauernstaat führen. Einer derjenigen,

Heute Annahme der Abbauvorlage!

Berlin, 3. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Deutsche Volkspartei hat dank der hündischen Politik der Sozialdemokratie einen überwältigenden Erfolg zu verbuchen. Die Sozialdemokraten werden heute im Reichstag für die ungeheuerlichen Abbauvorschläge stimmen. Das neue Gesetz, das heute zweifellos angenommen wird, bringt den Arbeitslosen ungewisse Beschlechterungen. Nachdem die SPD die von ihr bisher ultimativ geforderte Beitragserhöhung um 1% vorgenommen hat, wird jetzt bekannt, daß sie bindende Verpflichtungen zur Senkung der Belegschaften und ungewisser Erhöhungen der Massenbelastung bei der Finanzreform im Herbst dieses Jahres übernommen hat. Nur deshalb hat die führende Partei der Koalitionsregierung, die Deutsche Volkspartei, auf ihre weitergehenden Abbauforderungen in der Erwerbslosenversicherung vorläufig verzichtet und gestern abend beschlossen, daß sie heute im Reichstag nicht gegen das Gesetz stimmen, sondern sich der Stimme enthalten wird. Während gestern abend die Demokraten und die Sozialdemokraten noch holz verkündeten, daß sie von der Volkspartei hören, daß diese geschlossen für das Gesetz stimmt, lassen beide Parteien heute erkennen, daß sie die Stimmenhaltung der Volkspartei bestreitet und daß die Regierung aus der Tatsache der Stimmenhaltung der Volkspartei keine Konsequenzen für das Abkommen zieht. Damit ist die Annahme des Gesetzes, das nach offiziellen Angaben einen Haushalt an den Arbeitslosen von 100 Millionen Mark jährlich mit sich bringt, gesichert. Die Arbeiterschaft soll nochmals durch den schändlichen Vertrag der Sozialdemokratie verlaufen werden. Die Antwort muß sein:

Sammlung unter Führung der Kommunistischen Partei zum unversöhnlichen Klassenkampf, zum Sturz der Koalitionsregierung!

Die Volkszeitung bringt einen Reichstagsbericht, in dem sie die „Scharfen Gegenläufe“ zwischen der Deutschen Volkspartei und der SPD, den „hartem Kampf“ und die „Unnachgiebigkeit der SPD“ gegenüber der „hochkapitalistischen Volkspartei“ bestreitet. Da diese „Scharfen Gegenläufe“ in der Tat sind, geht am besten aus dem Bericht hervor. Dort lesen wir:

„Immer wieder die Frage: Wie läuft sich eine Mehrheit für diese oder jene Beschlüsse ohne die Deutsche Volkspartei erzielen? Wie weit geht die hochkapitalistische Stresemann-Partei zugunsten der Erwerbslosen nach mit? Zugleich immer wieder der leste Wille der Sozialdemokratie: „Wie lassen uns nicht zurückdrängen. Es geht um eine Schicksalsfrage des Proletariats und der Partei.“

Es geht um eine Schicksalsfrage des Proletariats und der Partei“, und dann diese „Frage“ nach einem „Umgang“ der

die schon seit Jahren keine „Schicksale“ für diese Führung der außenpolitischen Geschäfte der deutschen Bourgeoisie ansprechen, ist Dr. Rudolf Breitscheid, Mitglied der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Er, der Spezialist der antikapitalistischen Propaganda, würde als Reichsaufßenminister auch die kleinen Rechte demokratischer und sozialistischer Bedenkmänner abstreiten. Die Entwicklung, die dieser ehemalige Unabhängige nahm, würde dadurch zu einem erfolgreichen Abschluß gelangen.

Das Ableben Stresemanns, der mittwoch im Kampf für den Abbau der Erwerbslosenunterstützung starb, wird vielleicht einen kleinen Klassenkampf zur Folge haben, indem wird es an der Richtung der Außenpolitik der deutschen Bourgeoisie prinzipiell nicht das Geringste.

Sein Nachfolger?



Genf

Stresemann, der Exponent des neuen deutschen Imperialismus, mit seinem SPD-Hilfsminister Rudolf Breitscheid.

hochkapitalistischen Stresemann-Partei“ zugunsten der Erwerbslosen! Das zeigt in der Tat die „Scharfen Gegenläufe“ — es beweist nämlich, daß die „Gegenläufe“ nur von der Volkszeitung fortgeführt werden, um der Arbeiterschaft einen „hartem Kampf“ vorzuspielen. Das geht auch aus einer anderen Stelle des Berichtes hervor:

„In deutlich bewiesen zudem die politischen Vorgänge im Reichstag, wie dummkopfisch der kommunistische Schmidel ist, es besteht eine geheime Koalition gegen die Erwerbslosen von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen. In Wahrheit zeigt jede Stunde des Ringens im Reichstag, wie nicht nur die Deutschnationalen, sondern zugleich die Volkspartei in heftigstem Gegensatz zu den Sozialdemokraten stehen. Nur die Kommunisten steht man hundert gemeint mit den Deutschnationalen bei den geschäftsordnungsmäßigen Abstimmungen sich erheben, um die Verabsiedlung der Vorlagen zur Reform der Erwerbslosenversicherung zu laborieren. Die Nutznießer dieser Politik sind bestimmt nicht die kommunistischen Arbeiter, sondern die schwerindustriellen Hintermänner der Deutschnationalen und der Volkspartei.“

Die „großen Gegenläufe“ dienen also nur dazu, um der Arbeiterschaft gegenüber einen „Sieg“ vorzutäuschen. Dieser „Sieg“ kostet den Millionen Arbeitslosen noch offizielle Angaben 110 Millionen Mark und der gelandten werktätigen Klasse Millionen neuer Massensteuern. Die „hochkapitalistische“ Volkspartei kann bei diesem „Sieg“ der SPD die Hände reiben.

Das Manöver der Volkszeitung ist ebenso offensichtlich wie der Berrat der Sozialdemokratie. Darauf endet auch nichts der jämmerlichen Versuch, ausgerechnet den Kommunisten das „Hand-in-Hand-Arbeiten“ mit der Deutschnationalen Volkspartei vorzuspielen. Die Kapitalisten haben in diesem Kampf gewonnen, wie sie gewinnen mußten, da sie in der Koalition die Politik bestimmen. Und dies durch die SPD-Regierungspartei. Deshalb lautet unsere Forderung:

„Die Nutznießer dieser Politik (der Sozialdemokratie) sind nicht die Arbeiter (auch nicht die sozialdemokratischen Arbeiter), sondern die schwerindustriellen Hintermänner der Deutschnationalen und der Volkspartei.“

Die Berliner Bauarbeiter fordern vor!

Streik um Lohn und Gesundheitsförderung

Berlin, 3. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.)
Gestern sind wiederum auf 3 Baustellen die Bauarbeiter in den Streik getreten. 300 Bauarbeiter der Firma Holmann von der Baustelle Kunsthaus, sowie 80 Bauarbeiter von der Baustelle Reichstag, sind gestern vormittags sofort in den Streik getreten, nachdem sie davon erfuhrten, daß die Firma Holmann 650 Arbeiter von der Baustelle Friedrich-Ebert-Siedlung ausgesperrt hatte. Sämtliche Bauarbeiter von der Firma Holz & Co haben sich auf der Baustelle Kunsthaus dem Solidaritätsstreik angeschlossen.

140 Bauarbeiter der Firma Walther, Baustelle Spree-Tunnel, Neu-Friedrichstraße, sind gestern in den Streik getreten für eine tarifliche Forderung von 20 Tagen Lohnförderung für Kleiderverschleiß und Gesundheitsförderung. Daraufhin fordern sie für eine Gruppe von Baustadtarbeitern, die bisher 1 RM Stundenlohn erhielt, einen Mindestlohn von 1.20 RM pro Stunde, günstiglich der 20-Tage-Förderung, und täglich eine Waschzeit von 20 Minuten.

Glarer

Kommunalcorruption / Sozialdemokratische Geschäftsmacher / SPD-Presse bietet gegen seitiges Verschweigen an!

In Berlin sind großangelegte Betrügereien gegen die Berliner Stadtbank ans Tageslicht gekommen. Die angestellten Ermittelungen haben ergeben, daß die Berliner Stadtbank von den Brüdern Glarek um circa 10 Millionen Mark betrogen wurde. Die Brüder Glarek sind Inhaber der Firma "Kleidervertriebsgesellschaft", die die städtischen Bezirksämter, Dienststellen und Beamten mit Bekleidung beliebt und Mitglieder der SPD.

Sie nahmen auf Grund gefälschter Lieferungsaufträge Kredite und Geldzuflüsse in Höhe von circa 10 Millionen Mark auf. Zudem die erste Untersuchung ergab, daß die Brüder Glarek während der Vorlage der gefälschten Bestellcheine Kleidungsstücke, die ohne Nachprüfung bei den betreffenden Bezirkssämttern von der Stadtbank ausgezahlt wurden. Der Magistrat behauptet, daß die "Rückträge", die früher üblich war, erst seit der letzten Zeit eingestellt worden sei. Es steht aber fest, daß bereits vor 4 Jahren das erforderliche Prüfungsverfahren, die Nachfrage bei den Bezirkssämttern bei der Stadtbank, als zu unzureichend aufgezogen worden ist. An Stelle der Rückfragen ließen die von 2 Beamten unterzeichneten Bestellcheine der Belegschaften bei der Stadtbank vorgelegt werden.

Die Glarek schalteten sich nun zwischen Bezirkamt und Stadtbank und sorgten dafür, daß die Vornahme der Bestellcheine nicht direkt zur Stadtbank, sondern über ihre Firma ging. Durch diese Ausbildung des direkten Dienstweges wurden die Millionendeutrigereien erst ermöglicht. Wie ist es aber gekommen, daß sich die Brüder Glarek zwischenhalten konnten? Darauf werden die Direktoren der Stadtbank antworten müssen.

Die "Dementiermaschine"

Selbstverständlich lehnte sofort nach Bekanntwerden dieses Korruptionsfalls die in der deutschen demokratischen Republik so gutgehende "Dementiermaschine" ein, und es wurde von allen Seiten "dementiert". Der Magistrat deckte seine Beamten, die Firma Glarek bedeckte die Brüder Glarek, die Stadtbank deckte ihre Direktoren, und schließlich die gesamte bürgerliche und sozialdemokratische Presse, die es am liebsten geheben hätte, wenn der ganze Skandal schnell und geräuschlos unter den Tisch geschallen wäre.

Aber die kommunistische Presse hat sofort auf diese Korruptionsblüte hingewiesen und die gründliche Untersuchung und Aburteilung gefordert. Sie verlangte die sofortige Verhaftung der Direktoren, deren alte oder passiver Schuld feststeht. Dem gegenüber greift der Magistrat einer Untersuchung vor und teilt mit, daß "sein strafbares Verhalten lediglich der Beamten" vorliegt. Man habe sich daher nur auf Disziplinarverfahren gegen die Direktoren beschönigt und von einer sofortigen Verurteilung abgesehen.

Ein Schweigangebot des Vorwärts an die Rote Fahne

Die sozialdemokratische Presse, der Vorwärts, wollte der Rote Fahne den Mund stopfen und schrieb, daß "einzigweilen die Sache so ist, daß keine Partei den Fall Glarek gegen eine andere Partei ausbreiten könne". Sie würden oft dadurch in Verlegenheit geraten, "Das sollte sich insbesondere die Kommunistische Partei gefragt sein lassen."

Die kommunistische Presse hat natürlich nicht geschwiegen, sondern ihre Enthüllungen fortgesetzt. Diese "Warnung" an die kommunistische Presse spielt darauf an, daß auch zwei kommunistische Stadträte in privaten Beziehungen zu den Brüdern Glarek gestanden haben. Diese Stadträte sind sofort von der Partei zur Verantwortung gezogen worden. Dabei stellte sich heraus, daß zwar eine direkte Beteiligung an den Verbrechen nicht festgestellt werden konnte, daß jedoch der Stadtverordnete Höbel ohne Kenntnis der Tatsachen die Erneuerung des Vertrages mit den Glareks gemeinsam mit den anderen Stadträten unterzeichnet hatte, während bei Stadtrat Degener sogar intime Beziehungen mit den sozialdemokratischen Gewerken bestanden wurden. Die Partei erzielte den Genossen Höbel einen schriftlichen Beweis und forderte Degener zur Mandatsniederlegung auf. Als Degener sich weigerte, wurde sofort kein Ausdruck aus der Partei wegen unproletarischem und parteiwidrigem Verhalten und schwerem Disziplinärbruch ausgeprochen.

Degener findet nunmehr offene Arme bei den Parteien und in der Presse des Glarek-Sumpfes,

Der Vorwärts nimmt ihn als einen verkrampften Brandebüttel gegen die Partei in Schuß. Ehre, wem Ehre gebührt. Auch diese Solidarisierung der Bourgeoisie und Sozialdemokratie mit dem Mann, den die Kommunistische Partei im Zusammenhang mit den Glarek-Affären aus ihren Reihen stößt, ist nur bestechend dafür,

wie tief diese Parteien im Glarek-Sumpf stehen.

Im Berliner Stadtparlament

war am Dienstag der Magistrat unter dem Druck der Berliner Arbeiter gezwungen, mit Umgehung der Gesetzsoordnung

allein die Glarek auf die Tagesordnung zu legen. Vor voll besetzten Tribünen erlebte das Haus in einer erregten, bis in die späten Abendstunden währenden Debatte seine eigene Schande. Masken und Hüllen wurden schamlos heruntergerissen und es roch in dem hohen Hause ganz erheblich.

In der Sitzung wurde die vom Magistrat angeklagte Erklärung vorlesen, in welcher der Magistrat zugibt, daß Millionen Mark verloren seien. Wie hoch die Verluste sind, könne kein Mensch positiv sagen. Bei der Debatte zeigte sich, wer hinter den Betrügereien steht. Die SPD verteidigte die gesellschaftlichen Beziehungen ihrer Mitglieder zu den Feinden der Arbeiterschaft, zu Betrügern und Schiebern. Der Stadtverordnete Glarek sagte wörtlich:

"Man kann nicht immer als Kommunalpolitiker die Brutalität der Ablehnung von Einladungen ausbringen." (Schlussendes Gelächter!)

Schärfere Angriffe der Kommunisten

Noch dem deutlich nationalen Redner, der die "alte Reinlichkeit wilhelminischer Zeiten" pries, ergriff Genosse Lange das Wort. Die Reroostät auf allen Seiten der SPD und Bürgerlichen bewies nur das schlechte Gewissen und die nur zu berechtigte Angst vor Enttäuschung.

Genosse Lange zeigte an einer Reihe von Beispielen, daß man nicht mehr, wie johlt der Bürgermeister nach Chicago reisen muß, um kommunale Korruption kennen zu lernen. Das ist im Berliner Rathaus heute schon genau so zu haben.

Unbeantwortet ist der Korruptionsfall im Bereich Schulwesen geblieben, ebenso der Standort in der Müllabfuhr-Gesellschaft, u. 72 000 Mark im Jahr (Brokat) sind Korruptionsschäler. Oeffentliche Amtiere werden in diesem Hause verschachtelt und verschoben an Stadtverordnete, die nur ihre Privatgeschäfte damit machen, Grandstücksverläufe, Lieferungsverträge (es wurde plötzlich sehr still im Saal) u. w. "Ach das ist keine Korruption, Herr Bürgermeister?" rief Genosse Lange zu den Magistratsbänken mit erhobener Stimme.

Nur Schieber (zu SPD) können mit Schiebern verbrechen und sich bei Schiebern wohl fühlen (Beispiel auf den Tribünen). Angesichts Erregung, als Genosse Lange mitteilte, daß die Glareks an Erdgasse lediglich Anträge in Höhe von je 300 Mark für 80 Meter geliefert haben sollen. Die Korruptionsfamilie fühlt sich getreten!

Offen zeigte Genosse Lange wie die KPD im Gegensatz zu den anderen Parteien gegen ihre eigenen Mitglieder vorgeht, die von der proletarischen Linie abweichen und kennzeichnen die Tatsache, daß der ausgehöhlte Degener offene Arme bei Bürgerlichen und So-

zialdemokraten findet. Da die Arbeiterschaft kein Vertreten zu den Untersuchungsmethoden des Magistrats hat, stellte die kommunistische Fraktion einen Antrag auf Bildung eines Untersuchungs- und Überwachungsausschusses aus den Vertretern der Organisationen der klassenbewußten Arbeiterschaft.

Die kommunistische Partei und ihre Presse werden alles tun, um eine Verkürzung und Verdeckung dieses Korruptions-Sumpfes zu verhindern. Sie wird entschlossen den Kampf gegen die Korruption führen, wie sie auch die Verleumdungen entgleister einzelner ihrer Funktionäre im Interesse der Arbeiterschaft unangemessen schaft. Wir sind nicht der Ansicht, daß das bürgerliche Klassegericht in dieser Frage das letzte Urteil spricht. Die Entscheidung haben die wettäugigen Massen am 17. November mit zu führen durch die Wahl.

der Liste der kommunistischen Partei, in deren Reihen kein Platz ist für Korruption und Schieberum.

Die Rote Fahne geht schamlos gegen Korruptionswirtschaft vor

Gen. Höbel gesteht seinen Fehler ein und legt sein Mandat nieder.

Berlin, 3. Oktober. (Eig. Drohmeldung.)

Die Rote Fahne stellt heute fest, daß sie sofort nach der Entdeckung der Millionenbeträgen der Glarek als einzige Zeitung, ohne Rücksicht auf Personen, schamlos die Hölle von dem städtischen Korruptionssumpf gerissen und daß die kommunistische Partei als einzige solche mit großer Schärfe durchgegriffen hat, als Verdächtigungen gegen 2 kommunistische Kommunalpolitiker erhoben wurden. Die proletarische Worte der kommunistischen Partei steht turmhoch über dem korrupten Verhalten der Sozialdemokraten und Bürgerlichen. Das glauben die SPD und die bürgerlichen Parteien zu einem Ablösungsmanöver benutzen zu können. Die Rote Fahne kündigt für die nächsten Tage weitere Enthüllungen über den großen Korruptionssumpf im Berliner Rathaus, der nicht nur ein Einzelfall Glarek ist, an. Die Sozialdemokraten und die bürgerlichen Parteien werden gezwungen werden, nicht nur über Höbel und Degener zu sprechen. Der Gen. Höbel veröffentlicht heute in der Rote Fahne eine Erklärung, in der er gesteht, daß die Betrügerkreise der Glarek nur möglich waren auf der Grundlage der Kreditgebarung der Stadtbank und daß er mit der Beschaffung der Stadtbank und daß er mit der Beschaffung der Stadtbank nicht das geringste zu tun gehabt hat. Gen. Höbel gibt zu, daß es von ihm ein Fehler war, daß er mit bürgerlichen und sozialdemokratischen Stadträten einen Lieferungsvertrag Glarek unterschrieben hat. Gen. Höbel erklärt, daß er sofort seine Amtskette als Stadtrat und Stadtverordneter niedergelegt und sein möglichstes tun wird, um die Korruption im bürgerlichen Parlament aufzudecken. Er wird sein Amt, um wie jeder andere Proletarier, verlassen und den Kampf gegen das korrupte kapitalistische System fortführen.

Erwerbslose fordern Winterbeihilfen

In mehreren Dresdner Stadtteilen fanden Versammlungen der Erwerbslosen statt, die Forderungen an Rat und Stadtverordnetenkollegium stellten. Nachstehend veröffentlichten wir die in Dresden-Löbtau angenommene Resolution:

"Die im Bürgergarten, Dresden-Löbtau, versammelten Erwerbslosen fordern von dem städtischen Kollegium, daß sofort bei der Reichsregierung und Reichstag Protest gegen den Hungergesetzentwurf von Wissell erhoben wird.

Sie fordern von den städtischen Körperchaften:

A) Fortzahlung der Erwerbslosenunterstützung aus städtischen Mitteln an alle aus der Erwerbslosenunterstützung ausgeschiedenen Erwerbslosen, in voller Höhe der früheren Unterstützungsgrößen.

B) Gewährung einer Winterbeihilfe an alle über 26 Wochen lang Erwerbslosen in der Höhe von:

- a) Hauptunterstützungsemplänger 30 Mark;
- b) Zuschlagsempfänger 25 Mark;

an alle unter 26 Wochen lang Erwerbslosen eine Höhe von:

- a) Hauptunterstützungsemplänger 30 Mark;
- b) Zuschlagsempfänger 15 Mark.

C) Heizungsbeihilfe für die Wintermonate pro Monat 3½ Rentner Beilettos."

Diese Forderungen der Erwerbslosen sind das Mindeste was sie benötigen, um der bittersten Not zu begegnen. Die städtischen Körperchaften werden jedoch verlügen, sich von der Realisierung der Erwerbslosenforderungen zu drücken und mit allen möglichen Ausflüchten, wie "kein Geld", "nicht zulässig" und ähnlichem, die Erwerbslosen hinzuhalten bestrebt sein. Deshalb müssen sowohl die Erwerbslosen als auch die Belegschaften in den Betrieben mit aller Kraft für diese Forderungen eintreten. Der Kampf um die Durchführung der Erwerbslosenforderungen muß ein Bestandteil des allgemeinen Kampfes der Arbeiter um ihre Existenz sein.

Die Erfurter Arbeiter bereiten dem Stahlheim eine Pleite

Der Stahlhelm hatte zum letzten Sonntag nach Erfurt zu einem deutschen Treffen aufgerufen, das aber vorlichshalber nur eine "Führertagung" genannt wurde. Insgeamt 15 000 Männer hatte der Stahlhelm aus Mitteldeutschland zusammengetragen. Bereits der Freitag am Sonnabend wurde von größeren Trupps Arbeiter mit Niederkreuz empfangen. Eine Gegendemonstration der Kommunistischen Partei wurde politisch außerordentlich erstickt, die Abmarschroute verletzt. Trotzdem waren Hunderte von Arbeitern dem Ruf der KPD gefolgt. Und trotzdem die Polizei die Kundgebung der KPD streng abriegelte, lenkte sich große proletarische Trupps auf den Straßen immer wieder gegen die Stahlhelmer durch und sorgte auf dem Hauptmarktplatz erkennbar die Proteste der Arbeiter. Die SPD hatte die bekannte Parole ausgegeben: "Bleibt auf dem Kanapee".

Pfaffen als Konterrevolutionäre verhaftet

U. Romano. Wie aus Moskau gemeldet wird, haben die sowjetischen Behörden Nachrichten von der Auflösung einer neuen gegenrevolutionären Organisation durch die GPU in Mittelosten erhalten. Mitglieder dieser Organisation sollen mehrere Geistliche sein, und an ihrer Spitze soll angeblich der Mittelostern Erzbischof Philip stehen, dem von der GPU vorgesetztes wird, in seinen Predigten zur Schaffung einer Abwehrfront gegen die religiösen Sowjets aufgefordert zu haben.

Streitkräfte in Marion

U. Neunort. Aus Marion wird gemeldet, daß Streitunruhen ausgebrochen sind. Es ist zu schweren Zusammenstößen zwischen Streikenden und Streikbrechern gekommen, so daß die Polizei mehrfach von ihren Schußwaffen Gebrauch machen mußte, modifizierte mehrere Personen verletzt wurden. Die Regierung hat größere Truppenaufzüge nach Marion abgelehnt, um hier die Lage zu stabilisieren.

Neue Aufstände in Venezuela

U. Neunort. Wie aus Caracas gemeldet wird, legten die Aufständischen in sechs Staaten Venezuelas den Guerillakrieg gegen die Regierungstruppen fort. Es gelang ihnen, eine Abteilung Regierungstruppen unter dem Oberbefehl von General Urbas zum Kapitulieren zu zwingen.

Vom Tage

Ein Irrenfinger tötet fünf Menschen

U. London. Wie aus Sidney gemeldet wird, wurde die Siedlung Pymona in Westaustralien durch die Schrecken eines Irrenfingers in größte Aufregung versetzt. Der Irre stand fröhlich in der Dunkelheit durch den Ort und setzte wild auf die Häuser, deren Bewohner in größter Eile die Türen verbarrikadierten und die Lichter auslöschten. Fast Menschen wurden getötet. Erst nach längerer aufgezogener Verfolgung konnte der Irre hinter Schloss und Riegel gehaust werden.

Ein Jahr Gefängnis für Bitterer Bitterlich

U. Chemnitz. Nach vierjähriger Verbindung verurteilte das Chemnitzer Schöffengericht den ehemaligen Bitterer Bitterlich vorstehenden der Schlesier, Käuferseite, wegen gemeinschaftlicher Untreue sowie wegen gemeinschaftlichen Betrugses unter Strafe. Bitterlich zu jedem Jahr Gefängnis.

200 Todesopfer der Überschwemmungen in Indien

U. London. Die durch die leichten Überschwemmungen im Festlanden angerichteten Schäden sind nach amtlichen Angaben außerordentlich groß. Insgesamt sind 200 Menschen ertrunken. Etwa 8000 Stück Vieh gingen verloren. Weite vernichtet und 8000 schwer beschädigt.

Bor der Wiederaufnahme der englisch-russischen Beziehungen

lassen der nach Wiederaufnahme der Beziehungen vorgelebten Verhandlungen liefern. Die Monarchie ändert sich — die Brieftauben die gleiche.

Der deutsche Militarismus konzentriert seine militärischen Kräfte nach dem Osten

Die Marinestation der Ostsee meldet, daß im Februar 1930 das Flottenkommando von Wilhelmshaven nach Riel verlegt wird. Dadurch soll der bisherige Mangel abgestellt werden, daß die Sitz des Flottenkommandos von dem Hauptübungsbasis der Seestreitkräfte, der westlichen Ostsee, räumlich getrennt ist. An Stelle des Flottenlaghauses "Schleswig-Holstein" wird das Kriegsschiff "Hannover" Wilhelmshaven als Hauptliegeplatz erhalten.

Der deutsche Imperialismus konzentriert seine militärischen Kräfte immer mehr nach dem Osten und damit gegen die Sowjetunion. Riel und der Kieler Kriegshafen mit dem Nordostseefestland gewinnen dabei die größte Bedeutung. Der Stab der Seestreitkräfte wird nach Riel verlegt, ebenso wie die Reichsmarine in großen Maßstab bereits an der Ostgrenze stationiert ist. Große Kaserneanlagen sind dort bereits geschaffen, während vor dem Kriege der deutsche Militarismus sich nach dem Westen orientiert hatte.

Berücksichtigt die rote Ironie zur Verteidigung des Vaterlandes ist abgeklärt. Abkommen oder zumindest zum Hochsieglen.

Gegen den Unterstützungsraub!

Kampfrede des Genossen Räbel im Reichstag

Die Tatsache, daß die Regierung als Grundlage für die heutigen Beratungen ihre beiden Entwürfe vorlegt, beweist, daß in den Kreisen der Regierungsparteien keinerlei prinzipielle Gegenläufe über den Raub an der Arbeitslosenunterstützung bestehen. Heute haben 2 Führer der freien Gewerkschaften zu den Fragen der Arbeitslosenversicherung gesprochen, und ich muß sagen, das, was der Arbeitsminister Wissell und der ADGB-Führer Graumann in dieser Situation zu sagen wünschten, war mehr als jämmerlich. Wissell trat offen für den Unterstützungsabbau ein, während Graumann lediglich ein paar demagogische Blöcke machte. (Seht wahr! b. d. Komm.)

Das Entscheidende bei den Regierungsentwürfen ist der Kurs, den die Sozialpolitik jetzt nimmt und der in den Gesetzentwürfen der Koalitionsregierung jetzt niedergelegt ist. Dieser Kurs ist bestimmt durch die deutsche Schwerindustrie. Und was füllt jetzt hier im Reichstag ab? Das ist das Echo der Düsseldorfer Industrietagung. (Seht wahr! b. d. Komm.)

Graumann ging in seinen Ausführungen auf die Wirkungen der Nationalisierung ein. Er tut, wie ein Wolf im Schafspelz. (Seht wahr! b. d. Komm.) Dieser Graumann ist es, der im Namen der Sozialdemokraten jederzeit der kapitalistischen Nationalisierung das Wort gegeben hat.

Die wichtigste Frage ist jetzt: Wie beschafft man Arbeit? und damit in Verbindung die Frage der Arbeitszeit. Wie haben verlangt, daß die Arbeitszeit mitverhandelt wird. Doch dagegen stimmten die Sozialdemokraten in Einheitsfront mit den Kapitalistischen. (Seht wahr! b. d. Komm.)

Die uns jetzt vorliegenden Gesetzentwürfe zeigen einen sozialreaktionären Charakter, daß es selbst in der Geschichte der sozialreaktionären Gesetzgebung in Deutschland kaum ein Gegenstück dazu gibt. Es ist kein Zufall, daß der entscheidende Schlag gegen die Arbeiterklasse auf allen Gebieten in dem gleichen Augenblick geführt wird, in dem man im Haag die Reparationsfragen geregelt hat. Was Herr Stresemann als Konzessionen für seine politischen Bindungen erhalten hat, soll restlos in die Taschen der Unternehmer fließen. (Seht wahr! b. d. Komm.)

Um der Entwicklung der Erwerbslosenfürsorge steht man am deutlichsten den Weg der Sozialreaction. Noch vor dreiwirkt Jahren stellten die Sozialdemokraten hier im Reichstag demagogische Anträge für die Einbeziehung der nichtunterstützten Arbeitslosen in die Rentenversorgung. Diese Anträge zogen jedoch die Sozialdemokraten zurück, als sich eine Mehrheit dafür fand, daß die Kommunisten die sozialdemokratischen Anträge dann wieder aufnehmen, stimmten die Sozialdemokraten sogar gegen ihre eigenen Anträge. (Seht wahr! b. d. Komm.)

Wissells „Befreiung von Mängeln“

Was kann die Kapitalparteien ihr Gesicht über die mißbräuchliche Nutzung der Arbeitslosenversicherung machen, wenn es die Sozialdemokraten, die sich gleich bereit erklärten, diese Mängel zu korrigieren. Was sind denn das für Mängel? Die Regierung hat selbst in ihrem Sachverständigengutachten erklärt, daß von 40 Fällen, die sie aus der Tagesspresse entnommen hat, nur 19 als Mängel betrachtet werden können. (Kommunistischer Aufruf: „Schützt diese Regierung!“) Und wie verhält es sich bei den übrigen 21 Mängeln? Einige Einzelheiten will ich zur Charakterisierung aufzählen:

Zwangsearbeit oder Unterstützungsentzug

Vom Landesarbeitsamt Rheinland sollten 452 Arbeitslose als Aufsicht auf die Domänen des preußischen Justiz deportiert werden. Nur 19 nahmen die Arbeit an, den anderen wurde die Unterstützung glatt entzogen. Das nennt Wissell „Befreiung von Mängeln“. Das Arbeitsamt Wiesloch hat eine Anzahl junger unmündiger Arbeiter nach Pommern geschickt. Einige Eltern weigerten sich, ihre Kinder zur Sklavenarbeit wegzugeben. Die Folge war Unterstützungsentzug. (Hört, hört! b. d. Komm.) Das Arbeitsamt Duisburg vermittelte Arbeiter an die Alteia Silbermeier. Als organisierte Metallarbeiter erklärten die Vermittler, daß sie bei der Alteia nicht arbeiten, da diese keine Tariflöhne zahle. Der Erfolg war: die Entzugsung der Unterstützung. (Hört, hört! b. d. Komm.) In Leipzig werden 50 Kontorjungen zum Füßenziehen verpflichtet bei einem Stundenlohn von 15 Pf. Sie verweigern selbstverständlich die Arbeit. Die Folge war Unterstützungsentzug.

Der neue Wissel'sche Entwurf fordert eine noch strengere Handhabe des Unterstützungsraubes. Es ist eine unverhältnismäßige Lüge, wenn die Sozialdemokraten und Kapitalparteien behaupten, es geht jetzt lediglich um die Befreiung der Mängel. (Seht wahr! b. d. Komm.)

Bei der Erreichung der Wirkungen des Gesetzes ist jener Teil des Gesetzes, der sich angeblich auf die Befreiung der Mängel bezieht, vollständig außer Acht gelassen worden. Das technische Ergebnis der finanziellen Wirkungen besteht sich einzig und allein auf den Leistungsbau und die Erhöhung der Beiträge. Durch den direkten Abbau der Unterstützungen und die Verlängerung der Wartezeit will Wissell 100 Millionen RM aus den Taschen der Erwerbslosen ziehen. Wenn dann noch 140 Millionen RM aus der Beitragserhöhung hinzugerechnet werden, so ergibt sich deutlich, daß die Wissel'schen Gesetzentwürfe

nicht allein zur Deckung des sogenannten vorhandenen Defizits ausreichen, sondern zu einer Überproduktionswirtschaft führen, wie wir sie in anderen Teilen der Sozialversicherung kennen. (Seht wahr! b. d. Komm.)

Wenn man das sieht, dann weiß man auch, daß das Geschehen von der Sanierung der Reichswirtschaft in der Praxis nur dazu führen soll, auch aus der Arbeitslosenversicherung eine welfende Ruhe für die Kapitalisten zu machen. (Seht wahr! b. d. Komm.) Man will den Kapitalisten die Überschüsse der Arbeitslosenversicherung im Gefüge billiger Kredite geben, wie das auch bei den anderen Zweigen der Sozialversicherung geschieht.

Die Sonderbehandlung der Saisonarbeiter

Das Wissel'sche Sondergesetz soll in der Hauptsache auf die Saisonarbeiterfrage abgestellt sein. Auch die Sozialdemokraten erklären: Die Saisonarbeiter müßten anders behandelt werden, da die Löhne der Saisonarbeiter so hoch seien, daß für sie eine Sonderregelung einzutreten müsse. Das ist ein Schwund („Seht wahr!“ bei den Kommunisten). Selbst Herr Leibbrand vom Ministerium mußte im Saisonarbeiterausschuß zu den Löhnen der Saisonarbeiter folgendes feststellen: „Was die Saisonarbeiter betrifft, so ist freilich festzustellen, daß ausgelöschte Saisonarbeitslöhne in den Saisonberufen keineswegs überall vorkommen. Es gibt ja vielmehr eigentlich nur in den gelernten Bauarbeiterberufen.“ Die Statistik des letzten Winters hat ergeben, daß bei den Arbeitslosen, die aus der Sonderfürsorge unterstützt wurden, gerade die höchste Lohnklasse nicht häufig belegt war, als bei den Empfängern der versicherungsmäßigen Unterstützung (Hört, hört! bei den Kommunisten). Das belogen doch, daß das Lohnniveau durchaus einheitlich niedrig ist. Aber trotzdem, das Sondergesetz für die Saisonarbeiter, für das auch die Sozialdemokraten im Ausschluß gestimmt haben. Wenn die Sozialdemokraten erklären, die Bedürftigkeitsprüfung sei ja jetzt in der Saisonarbeiterfürsorge weggefallen, so muß ich ihnen antworten, daß dafür viel schlimmere Bestimmungen in das Rahmengesetz hineingearbeitet wurden. (Seht wahr! bei den Kommunisten).

Der Raub durch Beitragserhöhung

Noch ein Wort zur Beitragserhöhung. Auch in dieser Frage treiben die Sozialdemokraten ein schändliches Spiel. Als das Arbeitslosenversicherungsgesetz im Jahre 1927 geschaffen wurde, verlangten die Sozialdemokraten ausdrücklich eine Begrenzung des Beitrages auf 3 Prozent. Der Vormärz läßt darüber dazu: „Auch kann man es als einen Fortschritt ansehen, daß der Widerstand gegen jede Beitragserhöhung gebrochen worden ist.“ (Stürmischer Hört, hört! bei den Kommunisten.)

Deutschland hat die meisten Selbstmorde

Die Folge der Annahme der Wissel'schen Gesetze wird eine ungeheure Vermehrung der Zahl der nichtunterstützten Er-

werbslosen sein. Schon jetzt steigt überall die Zahl der nichtunterstützten Erwerbslosen. In Leipzig gab es 1928 13,4 Proz. 1927 23,6 Proz., 1928 33,9 Proz. und 1929 48,2 Proz. nichtunterstützte Erwerbslose (Hört, hört! bei den Kommunisten). Also die Hälfte aller Arbeitslosen erhält schon im Winter dieses Jahres in Leipzig keinen einzigen Unterstützungsabteilung aus der Arbeitslosenversicherung. Die logischen Folgen, die sich daraus ergeben, sind ganz klar.

Deutschland ist das Land, in dem die meisten Selbstmorde zu verzeichnen sind.

(Hört, hört!) Mit dem Anwachsen der nichtunterstützten Erwerbslosen ist ein rapides Ansteigen der Sterblichkeitsziffer zu verzeichnen.

Die Sozialdemokraten hatten auf ihrem Parteitag erklärt, daß sie an der Arbeitslosenversicherung nicht rütteln lassen werden. Warum Ihr (zu den Sozialdemokraten) nicht rütteln lohnt, daß sind die Futterkrippe, die Ihr im Apparat der Arbeitslosenversicherung gefunden habt. (Lebhafte Zustimmung bei den Kommunisten). Die Pfosten beden neuerdings beschlossen, auch die deutschen Minister wieder in ihr Gebiet einzubeziehen. Ich bin der Überzeugung, daß neben den Konkordatsnächtern niemand ehrlicher belebt wird: „Gott erhalte uns die sozialdemokratischen Minister“, als die deutschen Kapitalisten. (Seht wahr! bei den Kommunisten.) Der Apostelgeist des Herrn Wissell wird man dabei mit ganz besonderem Wohlwollen denken, und die Silberlinge, die er als Minister erhält, wird man ihm sicher auch gönnen. (Seht gut! bei den Komm.)

Das schamlose Spiel der Sozialdemokraten wird am besten charakterisiert durch ihre Stellung zu den kommunistischen Arbeitsgegenanträgen. Wir forderten Abschaffung des Überstandens umweltens. Die Sozialdemokraten stimmen dagegen. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Wir forderten den Siebenjahrstag, als Antwort auf die Nationalisierungsmassnahmen der Industriellen und damit die Erwerbslosen wieder eingestellt werden können. Die Sozialdemokraten stimmen gegen unsere Forderung.

Es ist kein Zufall, daß gerade im gegenwärtigen Moment, wo man den Erwerbslosen die Unterstützung raubt, Severing Einzelheiten aus seinem neuen Antikommunismus veröffentlichen läßt.

Soziale Reaktion, politische Reaktion, das ist die Basis der Sozialdemokratie! Das eine steht aber seit: Es grausam, wie die Leute auch sind, die das Proletariat aus diesem neuen Vorstoß der Reaktion zu ziehen hat, so sind diese Leute anderseits über ein Antrieb für die Millionenmassen der Proletarien, sich einzurichten in die Kampffront des Proletariats, sich einzurichten in jenen Kampf, wo es Klafe gegen Klafe geht. Wie sind der Überzeugung, daß sich das Heer der Proletarien zusammen wird in den Betrieben und auf den Werkstätten, und daß dieses Heer die Bourgeoisie und ihre sozialdemokratischen Helfer und das kapitalistische Ausbeuterystem härten wird, um aufzurichten ein Sowjetdeutschland.

„Die Rote Fahne“ veröffentlicht geheimen Ministerialerlaß

Ein Anschlag Grzesinski

Breitbacher Innenminister leitet Feldzug zum Verbot proletarischer Organisationen ein / Vorarbeit für Severings Kommunistengesetz

Der bekannte günstige Wind, der zum Schaden des Reichswehrministeriums und anderer Institutionen des kapitalistischen Staatsapparates sehr häufig in die Redaktion der Roten Fahne zu wehen pflegt, hat uns den nachstehenden Erfolg des preußischen Ministers des Innern an die Polizeibehörden zugeführt, den wir der proletarischen Oberschicht übermitteln:

Der preußische Minister des Innern.

VI 1420 V 9/31

Berlin, den 31. August 1929.

Nun den mir vorgelegten Berichten über die Durchführung der Auflösung des ehemaligen RZB ersche ich, daß in mehreren Projekten neue Vereinigungen gebildet oder in der Bildung begriffen sind, die nach Art und Zeit ihres Entstehens und nach ihrer Zusammensetzung den Charakter ungleicher Verbündungen des aufgelösten RZB zu tragen scheinen. Eine Angabe darüber, was zur Verhinderung der Gründung und Fortleitung dieser Vereinigungen politisch geschehen ist, fehlt indessen in den meisten Fällen. Zur Befestigung von Zweifeln möge ich darauf aufmerksam, daß die Polizei, sobald begründeter Anlaß der Annahme ungewöhnlicher Fortschreibung des aufgelösten RZB vorliegt, verpflichtet ist, dieses strafbare Treiben mit allen zu Gebote stehenden Mitteln — nötigenfalls auch mit Beschlagsnahme, Durchsuchungen und vorläufigen Entnahmen (§§ 91 II, 112 II, § 147 R-O.) — zu verhindern.

Einer besondern formalen Auflösung dieser ungleichen Vereinigungen bedarf es nicht. Ich nehme hierzu besondere Bezug auf Abbl. 3 meines Erlasses vom 4. Juli 1928 — II 1420 V. Der vorliegende Erfolg datiert zwar vom 31. August, ist jedoch, wie wir von informierter Seite erfahren, auf Grund weiterer besonderer Anmelungen die Grundlage für einen allgemeinen Verfolgungsplan, mit dem die sozialföderalistischen Polizeiinstitutionen im Oktober gegen die revolutionären Arbeiterorganisationen einzutreten wollen. Das RZB-Verbot wird dabei als Anknüpfungspunkt aufgeführt, um weiteren Arbeiterorganisationen zu Leibe zu rufen. Die ganzen Verfolgungsmaßnahmen sind die Vorarbeit für die sozialföderalistischen Pläne, die mit dem neuen Kommunistengesetz Severings in die Tat umgesetzt werden sollen.

Wegen der für die in Frage stehenden Neugründungen gewählten Vereinsbezeichnungen verweise ich auf die vom Landeskriminalpolizeiamt (IA) in Berlin herausgegebenen fortlaufenden Mitteilungen.

In Bezug auf RZB.

Der vorliegende Erfolg datiert zwar vom 31. August, ist jedoch, wie wir von informierter Seite erfahren, auf Grund weiterer besonderer Anmelungen die Grundlage für einen allgemeinen Verfolgungsplan, mit dem die sozialföderalistischen Polizeiinstitutionen im Oktober gegen die revolutionären Arbeiterorganisationen einzutreten wollen. Das RZB-Verbot wird dabei als Anknüpfungspunkt aufgeführt, um weiteren Arbeiterorganisationen zu Leibe zu rufen. Die ganzen Verfolgungsmaßnahmen sind die Vorarbeit für die sozialföderalistischen Pläne, die mit dem neuen Kommunistengesetz Severings in die Tat umgesetzt werden sollen.

Die Herren Grzesinski, Severing und Börgelb mögen sich gefragt sein lassen, daß ihre brutalen Ausnahmemethoden an dem eisernen Widerstand der Arbeiterchaft zunehme werden. So wie das „Verbot“ des RZB ein Schlag ins Wasser war, so wird auch jede weitere reaktionäre Maßnahme nur den Hass und die Tothieblichkeit der proletarischen Massen gegen den kapitalistischen Staat, das Machtorgan der Ausbeuter, verbünden. Eines ist aber gewiß: schon bei den Wahlen am 17. November werden die linksdistanzlichen Anschläge der sozialdemokratischen Minister und Polizeiprääsidenten die verdiente Rettung des Proletariats erhalten!

Hinweg mit dem Verbot des RZB!

Nieder mit dem sozialföderalistischen Gesetz!

Bruch mit der SPD

Der Arbeiter Erich Leucht in Heilbronn übermittelte unserer „Süddeutschen Arbeiterzeitung“ die Wahrheit seiner Auszugsverfassung, die er unter dem 24. September an die Ortsgruppe Heilbronn der Sozialdemokratischen Partei gerichtet hatte. In dem Briefe erklärt Leucht, daß die in den letzten Jahren von der SPD gehabte Politik um Staatsbürgerschaftliche Ideologie zu einer marxistisch-sozialistischen Erkenntnis im Gegenzug steht. Die Hoffnung, die Partei werde sich auf ihre sozialistische Klassenäquivalenzliche Tradition beenden, wurde vernichtet. Leucht erinnert an die Bemühung des Panzerkreuzers durch die SPD, an ihr Wahlprogramm und zitiert den Auspruch August Bebels: „Bei einer Niedigung der Linken mit dem Rechten werden die bürgerlichen Parteien immer die Gewinnenden sein!“ Eine Position des „kleineren Uebels“ hat mit proletarischem Klassenkampf nicht das geringste zu tun. Leucht fällt fest, daß Börgelb die Schuld trifft am Blutbad des 1. Mai. Leucht fragt, wo das Verbot des Stahlhelms und der Nazis durch Severing bleibt. Leucht brandmarkt die Kulturpolitik der SPD, den Abschluß des preußischen Konkordats und schließt mit den Worten: „Deshalb müssen wir klassenbewußte Arbeiter uns bestimmen und der SPD den Rücken lehnen, um auf revolutionärem Wege den Kampf aufzunehmen.“ Leucht ist seit April 1928 Mitglied der SPD. Vorher war er 2 Jahre Mitglied der USPD.



„Befreiung“ der Rheinlande — Ablösung vor!

Ein neuer Fürsorgeerziehungsstandal in Rößchenbroda

Von Erich Schumann, Dresden

Der Standal der Fürsorgeerziehung im kapitalistischen Deutschland wird immer größer. Brutale Klassengerichtsurteile werden mit einer Beharrlichkeit gegen die Fürsorgezöglinge gefällt, die einfach unfahbar sind. Mit militärischer Zucht und mit der Forderung nach Radikalerziehung, mit der Abtötung jungen, selbständigen Denkens der zu Erziehenden und mit Zuchtausurteilen gegen sie bestreitet die bürgerliche Gesellschaft aber die unholzbaren Zustände, die Revolten u. s. w. in den Fürsorgeerziehungsanstalten nicht.

Die gesamte Fürsorgeerziehung bedarf nicht nur einer Scheinreform, wie sie durch die Verordnungen verschiedenster Wohlfahrtsministerien zum Ausdruck kommt, sondern sie bedarf einer grundsätzlichen Umwandlung.

Die bürgerliche Fürsorgeerziehung will in ihrer Ausschließlichkeit nicht darauf verzichten, Prügel, Arrest und andere Strafen als erziehendes Mittel anzuwenden.

Den Anstaltsinsassen müsste die Möglichkeit gegeben werden, sich körperlich und geistig nach ihren Fähigkeiten und ihren Wünschen zu entwinden. Nur unter dieser Voraussetzung kann eine Stärkung des Selbstvertrauens und der Selbstverantwortung erreicht werden. Schon die Veröffentlichungen in diesem Blatte über die standlosen Verhältnisse in der Bezirksfürsorgeanstalt Leubnitz haben den unumstößlichen Nachweis erbracht, daß diese Voraussetzungen dort nicht vorhanden sind. Und weiter: die Revolten in den Rennweg-Mühle und im Kreisamt bei Leipzig haben die gleiche Tatsache, die Tatsache einer rücksichtslosen und brutalen Unterwerfung der Fürsorgezöglinge gezeigt. Träger der Fürsorgeerziehungsanstalten sind auch in Sachsen christliche Wohlfahrtsorganisationen. Sie glauben, nach dem Grundsatz „Arbeite und arbeite“ ihre Untertanen erziehen zu können. Nun doch zeigt auch ein nur oberflächlicher Vergleich der in den christlichen Anstalten bestehenden Verhältnisse, z. B. mit den Verhältnissen in Leuben, eine Übereinstimmung im Gebrauch verwerflicher Erziehungsmethoden.

Auch in Rößchenbroda befindet sich eine solche Fürsorgeunterzeichungsanstalt.

Träger ist die evangelisch-lutherische Diaconia, eine Anstalt, die in diesem Heim 29 Mädchen im Alter von 16 bis 21 Jahren untergebracht hat. Für diese Zöglinge gibt es keinen Sonntagsurlaub (!), keinen Abendausgang; eine Beurlaubung kommt erst in Frage, nachdem die Mädchen ein Jahr lang in der Anstalt „gut geführt“ (!) haben. Besuche dürfen nur in Abständen von vier Wochen eingespielt werden. Eltern und Geschwister müssen sich vorher schriftlich anmelden (!). Die Aussprache zwischen dem weiblichen Fürsorgezögling und Eltern vollzieht sich in einem besonderen Zimmer im Beisein einer christlichen Schwester. Der Briefwechsel unterliegt einer scharfen Kontrolle. Nur aller 14 Tage darf geschrieben werden.

Eine mittelalterliche Anstaltsordnung

sieht vor, daß die Zöglinge gegen 6 Uhr aufstehen müssen. Nach dem Aufstehen folgt von 6,30 bis 7 Uhr eine christliche Andacht. Danach geht es zum Kasseintritt. Trockne Brötchen und ein Tropf schwarzen Kaffee bilden das erste Frühstück. Von 7,30 bis 18,30 Uhr wird mit einer zweistündigen Unterbrechung gearbeitet. Das bedeutet 9 Arbeitsstunden und mehr. Nach 18,30 Uhr gibt es ein „Innernarbeits“ Abendrot, dann sind die Mädchen bis 20,30 Uhr „frei“. Aber zum angenehmen Verbringen des Freizeits gibt es weder Spiele, noch Zeitungen oder gar gute Bücher. Die „heilige Schrift“ bildet die „geistige Nahrung“ auch während dieser Zeit. Auch andere Wege zur Unterhaltung (etwa durch Musik oder Radio) ist nicht vorhanden. Dafür aber glaubt die Anstaltsleitung, durch Abdankung einer Andacht in der Zeit von 20,30 bis 21 Uhr in dieser Richtung genug zu tun.

Arbeitslohn oder Entschädigung für die während 9 Stunden geleistete Arbeit gibt es im 1. Quartaljahr überhaupt nicht. In dieser Zeit wird zunächst „der Fleiß geprüft“, später werden durch die Schwestern „Zenituren“ verteilt.

Nach dem Ausfall dieser Zenituren wird schließlich eine zu zehnende „Entschädigung“ bemessen. Und da wird für die beste Zenitur (die 1st) der „normale“ Betrag von 75 Pfennig wöchentlich und für die niedrigste Zenitur (25) der Betrag von 25 Pfennig wöchentlich gewahrt (!!!). Diejenigen, die nach der Meinung der Schwester die 25 „nicht verdienen“, erhalten überhaupt keine Entschädigung. Und das „verdiente Geld“ wird nicht etwa sofort ausgezahlt, es erhalten es vielmehr erst bei ihrer Entlassung. Staaten gibt es ebenfalls.

Wird ein Mädchen beim Schimpfen oder Fluchen erwischen,

so wird es einen Tag im Zimmer eingesperrt und bekommt keinen freien Ausgang. Wenn ein Mädel aber ausreicht, so bekommt sie nach ihrer Wiedereinführung meist 3 Tage Arrest.

Die Anstaltsleitung spricht zwar nicht vom Arrest, sondern nennt die Arrestzeit nur „Zimmer 33“. Und dies, obwohl das Zimmer eiserne Gitterstäbe hat, also ohne weiteres als Arrestzelle angeprochen werden muß. Eine Stunde für Noxeien gibt es in diesem „Zimmer 33“ nicht. Besonders infam aber ist die Tatsache, daß die in diesem Zimmer eingesperrten Mädel während dieser 3 Tage zumeist nicht einmal auf den Hof geführt werden.

Einstmal war die Arrestzelle befördert, als ein 15jähriges Mädel nach einem Alkoholisch in Trachau wieder eingefangen wurde. Sie erhielt Arrest in ihrem Zimmer und verlangte gleich am ersten Tage, man solle sie auf den Hof lassen. Der Spaziergang wurde ihr verweigert. Sie geriet in begreifliche Aufregung, zerstörte die Fenster und andere Gegenstände und schlug weiter in ihrem hässlichen Anfall mit Fausten und Fäusten gegen die Tür. Es zeigte von der „christlichen Nachsichtslebe“, von dem „pädagogischen Verständnis“ der Erzieher, daß sie zur „Beruhigung“ des Mädchens weiter nichts zu tun für notwendig hielten, als das Zimmer vollständig auszuräumen, einen Stoßstock auf die Erde zu legen und das Mädel 4 Tage in dem Zimmer haften zu lassen, ohne Ausgang zu gewähren.

Die Auseinandersetzung um die Frage der richtigen Erziehung muß von der Arbeiterschaft ebenso wie jede andere Frage mit marxistischem Auge betrachtet und untersucht werden. Das Proletariat hat andere Interessen, es stellt andere Forderungen und Erziehungsgrundsätze auf als die Bourgeoisie. Die proletarische Erziehung in Russland z. B. ist eine Kollektiverziehung und obgleich sie noch im Anfang der Entwicklung begriffen ist, dem, was die bürgerliche Gesellschaft als Erziehungsprinzip fordert, heute schon tiefdringend überlegen.

Proletarische Erziehung, d. h. den einzelnen und die Gesamtheit der Aufgaben gewachsen zu machen, die der Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung stellt.

Die bürgerliche Erziehung aber ist eine ganz andere. Sie wählt die Interessen der herrschenden kapitalistischen Klasse, sie

Eine Mahnung an die Dresdner Arbeiterschaft!

Ein in Unternehmungshabt befindlicher Arbeiter, der am 5. September verhaftet wurde, schreibt uns: „Gestossen! Den Tag wo ich sah, daß die R. H. wöchentlich die Organisation ist, die den proletarischen Gelungenen hilft, habe ich mir geschworen, ein Helfer der Sozialen zu werden, wie es sich gehört. Ich möchte dieses allen Arbeitern, vor allen Dingen allen Jungen, ans Herz legen, daß jeder Arbeiter ein Roter Held sein muß!“

Am Freitag, dem 4. Oktober, findet eine Kundgebung der Roten Hilfe in den Annenläden statt.
Alle Arbeiter und Arbeitnehmer müssen in die Kundgebung kommen!

fürsorgeerziehungsmitte noch verdammenswerter sind! Die Fürsorgezöglinge kommen aus zerstörten sozialen Verhältnissen, belastet mit einer Last, die ihnen das kapitalistische System aufzräte, in die Fürsorgeerziehung. Aufgabe der Fürsorgeerziehung müßte es sein, die Bedingungen zu berücksichtigen und an den Opfern gutzumachen, was das kapitalistische System an ihnen ländigte. Die Fürsorgeerziehung sollte eine Hilfe sein, sollte den sozialen Entwickelten die Erde sein, aus der sie Kraft und Mut für den späteren Wiedereintritt und das Fortkommen in dem Leben außerhalb der Anstalt zaugen. Dies bedeutet für den verantwortlichen Erzieher, den Fürsorgezögling vorzubereiten auf einen Beruf. Dies bedeutet Schaffung von Arbeitsmöglichkeit. Deswegen: weil nur auf einer gesicherten ökonomischen Basis die anstrebt Besserung führen kann!

Die Rößchenbrodaer Vorfälle aber sind ein Standal

Es ist ein sehr bequemes Mittel für die bürgerlichen Erziehungen, gewaltigen, sich vom Studium eines zu erziehenden Menschen in dieser oben geschilderten Art ausdrücken. Jeder Mensch muss dazu der soziale bedarf einer gründlichen Beobachtung, weil sonst eine Erziehung überhaupt unmöglich ist. Wie wirklich und erziehungswidrig aber mutet an, wenn in Rößchenbroda die Zenituren zum Ausgangspunkt einer materiellen Bewertung gemacht werden. Aber wundern wir uns nicht über dies Zahlsystem, von dem die ausschließende Erzieherin sicher nicht einmal weiß, wie es sich hemmend auf die Erziehung auswirken muß und sie überhaupt illusorisch macht? Man behauptet nicht zu viel, wenn man sagt, daß diese Erzieherin sich ihrer Verantwortung als Pfleger sozialen Sohnes (wie ihn der Fürsorgezögling so nötig braucht) überhaupt nicht bewußt sind. Was hier von Rößchenbroda gesagt ist, ist und bleibt nicht nur ein Standal, sondern es ist der typische und kennzeichnende Beweis für den Niedergang der bürgerlichen Gesellschaft.

Die Arbeiterschaft als Vertreterin der Interessen jener an härtesten vom Widerstand der kapitalistischen Ordnung betroffenen Massengruppen kommt ihnen ideologisch und praktisch zu Hilfe.

Der Kampf der Arbeiter um Befreiung vom kapitalistischen Stach ist zugleich der Kampf gegen das bürgerliche Fürsorgeerziehungssystem.

Die Mindestforderungen, die z. B. die Internationale Arbeiterklasse aufgestellt hat, könnten sofort durchgeführt werden, wenn die kapitalistische Gesellschaft nicht wütender Gegner dieser Forderungen wäre. Die Ablehnung erfolgt deswegen, weil die praktische Vermöglichkeit an den Professorengründen der bürgerlichen Gesellschaft besteht. Grundsätzlich beweist deswegen der Kampf um die Mindestforderungen der FAH, daß eine Lösung der Frage des Fürsorgeerziehungssystems im kapitalistischen Staat unmöglich ist, vielmehr nur durch den proletaristischen Staat durchgeführt werden kann. Wie die Lösung und unter welchen Schwierigkeiten, aber daß sie vorwärts geht im proletarischen Staat, das geht deutlich aus einem Zeitdokument hervor, das der deutschen Arbeiterklasse längst aus dem proletarischen Russland übermittelt wurde. Es ist dies der Roman „Schlaf, die Republik der Sträfe“, (Das wird ab 14. Oktober in der Arbeiterstimme erscheinen lassen. Die Redaktion.)

Abschließend muß gesagt werden, daß das Unmögliche der bürgerlichen Gesellschaft, diese Frage zu lösen, die Arbeiterschaft zum schärfsten Kampf gegen das kapitalistische System veranlassen muß, daß der Kampf grundätzlich geführt werden muß zur Vermöglichkeit der Errichtung des proletaristischen Staates auch in Deutschland, weil nur dieser den Erfolg der Erziehungssache garantiert, wie das russische Beispiel lehrt.

Aufhebung der Ausweitung Soermus'

Wie die „Sächsische Staatszeitung“ erfährt, hat die Regierung die Ausweitung Soermus' aus Sachsen wieder aufgehoben.

Die Transfusion

hilft manchem Kranken zu einer Heilung. Der Volksstrot, der am Montag auf seiner ersten Seite seine Todesanzeige veröffentlichte, hat sich doch noch wider alles Erwarten auf die Transfusion (Blutübertragung) besonnen. „Und neues Leben blüht aus den Künsten...“ Et schrieb davon, daß Gestaltungslumpen nicht seine Art sei und forderte die „Parteigenossen“ auf, den Kopf hochzuhalten. (Bei dem Verlust wäre es sicher keinen schwergeschlagen. Und nun erscheint der schon Togetag wieder.) Gedanken ist er fürtur. Wer die tapferen Männer waren, die die Transfusion mitmachten, weiß keiner. Aber — der Volksstrot hat sich immer in „anständiger Art“ keiner Haut gewehrt. Er wird diesen „Grundstot“ auch hier hochgehalten haben.

Tot aus der Elbe gelandet

Wie gemeldet, wurde am 26. September in Dresden-Mitte ein neugeborener Knabe tot aus der Elbe gelandet. Die Erörterungen der Kriminalpolizei haben nunmehr zur Ermittlung des Kindesmutter geführt. Eine 24 Jahre alte Frau aus einem ehelichen war angeblich am 16. September von der Geburt überrollt worden. Aus Autopsie, das Kind werde zertebenfähig sein, und durch mäßliche häusliche Verhältnisse will sie auf den Gedanken gekommen sein, das Kind zu töten. Et schrieb davon, daß Gestaltungslumpen nicht seine Art sei und forderte die „Parteigenossen“ auf, den Kopf hochzuhalten. (Bei dem Verlust wäre es sicher keinen schwergeschlagen. Und nun erscheint der schon Togetag wieder.) Gedanken ist er fürtur. Wer die tapferen Männer waren, die die Transfusion mitmachten, weiß keiner. Aber — der Volksstrot hat sich immer in „anständiger Art“ keiner Haut gewehrt. Er wird diesen „Grundstot“ auch hier hochgehalten haben.

Die Aufführung zweier Großfilme

wie es „Spion von Odessa“ und „Dokument von Shanghai“ sind, geplant am Dienstag in den MS-Lichtspiel, Moritzstraße. Wir haben unserer Vorbeschreibung vom Montag nur hinzuzufügen, daß die Erwartungen, die an das Erheben dieser Filme getragen wurden, nicht enttäuscht werden. Gehen jeder hin und sehe sie sich an.

Der Circus Krone darf für eines unausgefeilte Lebhaben Zuspruchs rechnen, der sich von Tag zu Tag steigert. Ganz die große Elefantengruppe des Directors Krone, die man in soßer erstaunlicher Wucht hier noch nicht gesehen hat. Der sozialen Aufenthalts übrigens nur noch auf wenige Tage beschränkt. Monatsspiele daher nicht mit dem beabsichtigten Besuch.

Kurzus

für Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre.

Information über Kriegsbeschädigtenlagen im Betrieb und Verfolgungsrechtliche Fragen durch den Sen. Hans Neukopf am Montag dem 7. Oktober 1930 Uhr in den Annenläden Rößchenbroda.

Deine revolutionäre Arbeit erfordert gründliches Wissen. Darum erscheine pünktlich.

Revolutionärer Betriebsratteamisch

Die Landesversicherung vor dem Arbeitsgericht

Neues aus dem Reich präzisier ASP-Politik

In den Verwaltungen der sozialen Körperschaften fühlen sich die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer nicht als Beauftragte der Arbeiterschaft, sondern als Funktionäre des kapitalistischen Staates. Wenn wir bei jeder Gelegenheit diese Tatsache hörten, wurde uns von den Reformisten „Tendenza“ vorgeworfen. Ein typisches Beispiel dieser unjetzt Rechtfertigung in der derzeitige Präsident der Landesversicherungsanstalt Sachsen. Aus dem Lager der „Strapellen aller Veräger“, der ASP, hervorgegangen, macht sich unter seinem Amtsvorstand eine Personalpolitik breit, die jedem klassenbewußten Proleten die Schamlosigkeit ins Gesicht treibt, bei dem Mann einmal Gewerkschaftsführer und Parteigenosse war.

Eine vom Angestellentat beim Arbeitsgericht eingereichte Klage nach Paragraph 84 des BVA (unbillige Härte bei der Entlassung) öffnete Schluß der Entartung elenden Kriechens und bürgerlicher Rechtmäßigkeit. — Der Bademeister Schierow (von der zur VB gehörigen Hellwitz-Badewerk) wird entlassen, weil er sich „angehoben“ gemacht haben soll.

Konkrete Tatsachen hierüber könnten aber nicht vorgebracht werden, nur der als Zeuge vernommene Dr. Körber hat „bedacht“, daß der Krieger in schwerem Maßstab, Krieger ist seit 1925 als Bademeister dort im Dienst! Weiter soll er nach Verabredung eines Halbtages den Patienten nicht mit Badewasser, sondern frischem Wasser überzogen haben. Da aber alle diese vorgebrachten Gründe“ das Gericht nicht zu einer Bestätigung der Kündigung überzeugen konnten, wurde wie vom Richter vorhergesagt „bestellte Arbeit“ in Form eines Briefes vorgetragen. Danach sollte der Krieger eine frende Frau als seine Richter angesprochen haben. Diese Angelegenheit stellt sich als harmlos für den Krieger, aber höchst begehrlich für die Personalpolitik des Direktors der BVA heraus. Man hat nämlich von „oben herunter“ die Frau verordnet, einen Wechselbrief zu lösen, mit Hilfe dieses Beweismittels“ glaubte man leichtes Spiel zu haben und den 57 Jahre alten Schierow droflos machen zu können. „Ein elendes Schmarotzer zum Tot sich bei der BVA breitmacht“, mit diesen Worten

stellte der 2. Angestellentatsvorsitzende Eichhorn seine Rede ein. (Der 1. Vorsitzende, der „berühmte“ Sieve aus Biesnitz und ASP-Genosse von Tempel, drückte sich bezeichnenderweise!) Und in der Tat! Jeder Menschenwürde hat, trauten diese Leute nach oben und treten nach unten. Gefällt einem Vorgesetzten die Rasse seines „Untergebenen“ nicht, so sucht man ihn unter Ausnutzung ihres Mittels aus. Es glückte auch hier wieder. Durch Zahlung von 500 Mark „Entschädigung“ erhielt die BVA das Recht, den heim aus den Kriegsteichen zu führen, obwohl 161 Unterschriften von Gottlobauer Patienten die Qualität der Arbeit des Kriegers bezeugten!

Was ist bekannt, daß bei der 1928 durchgeföhrten Rentenuntersuchung ca. 120 ermordete Angestellte 8 bis 10 Wochen belästigt wurden. Da angeblich die Kosten hierfür zu hoch wurden, führte Direktor Haniel mi. Genehmigung des Regenauer Tempel ein extra hierfür erfundenes „Afford“-System ein. Man gestaltete nämlich nur eine bestimmte Rente aus, und dadurch kamen 90 Prozent der langfristig ermordeten Angestellten nicht auf den Tarif. Die Landesversicherung wurde darauf vom Arbeitsgericht verurteilt, indem Angestellte etwa 40 Mark nachzuzahlen, so daß es ihr nicht möglich war, die Kosten ihrer „eigenartigen“ Personalpolitik von den Opfern der heutigen Wirtschaft zu lösen.

Wir werden deswegen die Frage an Wer trug nun eigentlich die Kosten dieser Maßnahmen? Am Arbeitsministerium als vorgesetzte Dienstbehörde (die gründliche Ordnung schaffen können, aber nicht will) lag aber auch ein dem Volke „unverantwortlicher“ Oberherrsche als Macht. Wir erwarten vom Arbeitsminister Eichner seine Maßnahmen zur Verbesserung weiterer derartiger Vorfallsmöglichkeiten und Verhinderung von Arbeitslosigkeit, die wieder einmal beweisen, daß „Recht“ und „Freiheit“ im „demokratischen“ Deutschland nur auf dem Band der Tatenlosigkeit zu finden sind. Das erklärt immittelbar, warum dem Bademeister hier so empfindlich mitgespielt worden ist.

Aus Freital

Wie sind die Bündnisangebote der Renegaten zu werten?

Freital. Wir haben bereits in den letzten Tagen zu den Bündnisangeboten der rechten Renegaten Schneider, Schreiter u. a. zu den Gemeindewahlen Stellung genommen. Die Partei wird aber noch ein weiteres tun, und zwar die Antwort an die Renegaten in öffentlicher Einwohnerversammlung erzielen. Die Stellung der Partei und ihre zielklare Politik breiten Massen der Bevölkerung näherzubringen und dabei die parteiidentische Stellung der Renegaten zu entlarven, ist die Voraussetzung zur Gewinnung des Vertrauens der Massen zur revolutionären Partei. In Freital wurde am Freitag dem 28. September das Bündnisangebot des Renegaten Schneider in einer öffentlichen Versammlung im Döbelner Hof durch die Partei beantragt.

Genosse Siegel. Dresden, behandelt in seinem Referat die politische Lage im Weltmarkt, im gesetzlichen aber die politische Lage in Deutschland, und zeigt die Aufgaben der revolutionären Arbeiterschaft auf. Dabei wurden die Stellung der Partei und die gegenständlichen Auffassungen der Renegaten des Kommunismus zur politischen und ökonomischen Entwicklung und den Aufgaben aufgezeigt. Diese klare Aufzeichnung unserer politischen Linie bestimmt auch gleichzeitig das Bündnisangebot; es kann nur ein eindeutiges "Nein" geben.

Den mit Sicherheit bestell aufgenommenen Ausführungen trat Schneider in der Diskussion einzogen, und in heimathafte einführende Reden verlor er den Nachweis zu erbringen, daß die "offizielle" Partei (wie er sich ausdrückte) einen falschen und widerbissigen Kurs habe. Die Anhänger beluden jedoch durch lebhafte Zwischenrufe, daß sie dieser reformistischen Einschätzung der Renegaten nicht zu folgen gewollt sind. Durch die Ausführungen Schneiders wurde tatsächlich vor einem größeren Forum gezeigt, wie hemmungslos und harschwillig, mit welch überwältigender Wirkungswerte die Partei begeistert wurde. Es ist vor allem festzustellen, daß diese Leute um Schneider nur von einer "gewaltig" großen SPD reden, aber jeden Erfolg der Partei und auch dabei die Partei leicht herabmütigen, verunglimpfen und mit Dresdner beudein. Die große Linie Schneiders war: "Schluss mit der unteiligen Zerplützung der Arbeiterschaft, dabei aber den loyalsozialistischen Spätern kein Haar geschrämt! Los von Mostau — man kann russische Verhältnisse

nicht auf Westeuropa übertragen — war der Ton. Eine Gipfelleistung war aber zweifelsohne folgende Begründung Schneiders für "Ihre Einheitspolitik": Lenin habe in seinen Reden und Schriften immer erklärt, man müsse mit einem Menschen, Pierens, Jouhaux, Weis, Hilferding u. a. zusammenarbeiten, um die Massen zu gewinnen.

Nun, wir überlassen die Beurteilung dieses Art "Einheitsfrontpolitik" der Arbeiterschaft selbst, aber geradezu empörend wirkte diese Ausführung, da jeder denfende Arbeiter die Stellung Lenins zu diesen Fragen kennt. Mit Recht forderte Genosse Siegel Schneider im Schluswort auf, doch anzugeben, wo Lenin diese Stellung vertreten habe und wo es nachzuholen sei. Vielleicht erbringt Schneider noch die Antwort.

Und alles das lagte ein Schneider, der, als er noch in der Partei war, allen Beobachtern auffiel, nun, heute spricht er unmöglich das aus, was er früher hinter dem Rücken der Partei trieb. So ist auch das Bündnisangebot zu werten; sie wollen die Massen mit einer gefälschten "offiziellen" Rede und mit Scheiterns rätseln, um hinterher ihre verbrecherliche Politik fortzuführen. Die Freitaler Arbeiter gaben ihnen die einzige richtige Antwort in dieser Versammlung und werden sie noch bestätigen am Wahlgang selbst. Die anwesenden Sozialisten und Unionisten, von denen zwei Männer sprachen, zeigten der Partei, welche ungeheure Aufklärung und Arbeit durch die Partei noch vorausgesetzt ist. Genosse Siegel wies mit einem gewissen Recht nach, daß ein großer Teil Schulden auf das Konto Schneiders fällt. Er war durch sein individuelles und nicht kollektives Arbeiten ein Hemmschuh für die revolutionäre Bewegung und gerade in diesem partikulären Industriegebiet hielten sich die revolutionären Bewegungen ungeheure Möglichkeiten. Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß die Renegaten gerade während des Wahlkampfs ihre Anstrengungen verstärken werden und noch so mancher Dresdner gegen die Partei geworfen wird. Aber die Arbeiterschaft wird ihnen weiter, wie in dieser Versammlung deutlich zum Ausdruck kam, die Geholgschaft verweigern und am 17. November der Kommunistischen Partei, und nicht den Renegaten und Feinden der revolutionären Bewegung, ihre Stimme geben.

Arbeiterkorrespondenz 1501

Wie sich die Neuwahl des Bürgermeisters bewährt

Cohmannsdorf. Mit dieser Ueberschrift berichtet der Berichterstatter der Kreiszeitung in der Nr. 223 vom 24. September 1929 seinen Bericht von der Gemeindewahlenversammlung vom 19. September in Cohmannsdorf.

Vier Tage brauchte der Berichterstatter zu seinem Bericht, höchstwahrscheinlich hat ihn dabei sein Genosse Bürgermeister fröhlig unterstützt. Und trotzdem lachten die eigenen Parteigenossen über diese Ueberhebungen des Genossen Bürgermeisters Seiler.

Wie verhält sich nun diese Sache tatsächlich? Warum wurde billiger gebaut? Nicht weil Genosse Bürgermeister ein so überwältigendes ist, daß er schon bei dem Bau von drei Wohnhäusern sich bezahlt gemacht hat. Sondern es wurde die Baufläche so herabgedrückt, daß man im freien Raum etwas Richtiges unterbringen kann. Der Korridor ist überhaupt nicht zu benutzen, nicht einmal ein Kleiderzettel kann angebracht werden. Wer auf den Polus will, muß zu mindesten ein Schlangenmarsch sein, damit er bei der Badewanne vorüber kann. Wir haben keine Veranlassung, den ehemaligen Bürgermeister Seiler in Schuß zu nehmen, aber das eine steht fest, hätte man an den 3 Wohnhäusern an der Ecke auf Kosten der Mietern genau so Neubau am Flächeninhalt betrieben, wie bei den 3 Häusern an der Otto-Körner-Straße, dann wären sie definitiv auch billiger geworden. Auch spielt dabei noch eine Rolle, daß in diesem Zentrum der Baumarkt so wenig belebt war, daß die Kaufhäuser, um die Arbeiten zu erhalten, sich bis auf das äußerste unterboten, während bei Herstellung der vorher erstellten Wohnhäuser ein Mangel an Bauarbeitern zu verzeichnen war und dieses natürlich die Unternehmer ausnutzten und daher auch auf Preise stießen.

Beim Teil der Geldvergabe hat der „Genosse“ Bürgermeister bestimmt nicht mehr getan, als jeder andere Bürgermeister hätte tun müssen, auch wenn er nicht der SPD angehört hätte, denn dafür besteht er doch auch einen Schuh der gewiß nicht gering ist. Was hat der „Genosse“ Bürgermeister in dieser Beziehung außerordentlich geleistet? Die Mietzinssteuer hatte bestimmt jeder anderen auch erhalten, dagegen das Vorleben von den Landesverkehrsbehörden. Oder will der Bevölkerungsfluter behaupten, daß ein anderer Bürgermeister keine anspruchsvollen Staatsbeamten erhalten hätte, nur ein SPD-Bürgermeister? Es soll doch nicht etwa damit gezeigt sein, daß bei sündhaften Staatsbeamten nur SPD-Bürgermeister herübriggestellt werden?? Wir stehen natürlich auf dem Standpunkt, daß es jeden Bürgermeisters Pflicht sein sollte, seine aufbesetzte Zeit nur im Interesse der Gemeinde zu verwenden. Wenn dieses der SPD ehemaliger Liebling, Herr Seiler, nicht gelan hat, dann ist es bestimmt die Schuld des SPD-Gemeindewerkschönen mit.

Sie klagen sich doch bestimmt damit beläßt ins Geleit, war es nicht gerade die SPD, die Herrn Seiler 12 Jahre lang auf seinem Posten ließ, trotzdem die RVD-Berordneten ihm dreimal den Antrag stellten, daß sich der Bürgermeister Seiler zur Neuwahl zu stellen habe. Was möchte da die SPD, die wählt mit Hilfe der Bürgerlichen Stets Herrn Seiler wieder, war es nicht gerade Herr Eisold, der erklärte, Herr Seiler wird wieder gewählt, ob es der Einwohnerzahl recht ist oder nicht, hätten damals die SPD-Berordneten mit der RVD gekämpft. Seiler nicht wieder zu wählen, hätte die Gemeinde jetzt 100.000 RM gespart, denn dann hätte Herr Seiler nur auf 4 Jahre die halbe Prämie erhalten, wogegen er jetzt auf Lebensdauer, aber mindestens 20 Jahre Prämie erhalten muß. Dafür konnte man bestimmt 3 Wohnungen bauen. Warum teilt dieses der Berichterstatter keinen Leuten nicht mit?? Warum verzweigt der Berichterstatter, daß die SPD-Faktion erst nach bestigem Kampf mit ihren Mitgliedern sich dazu entschließen könne, Seiler nicht wiederzumählen? Warum es nicht die Herren Eisold und Höppner, die erklärten, wenn sie von den Mitgliedern gewünscht würden, Seiler nicht wiederzumählen, würden sie ihre Mandate zur Verfügung stellen? Warum haben sie getan? Sie kamen beide noch auf ihren so liebgemordeten Posten, der eine so bewährte Gemeindewerkschöner, der andere als 1. Gemeindewerkschöner! Warum wohl? Warum wird weiter verdrängen, daß auch der Genosse Seiler manches eben so gut kann, wie sein Vorgänger Seiler?

Es wird weiter in der Volkszeitung berichtet, die Wohnungsbau trennen getrennt und nur an Wohnungsbuchende mit Kindern vergeben werden. Dieser Schwund ist so plump, daß die Wohnungsbuchenden am besten darüber urteilen können. Hat man nicht ein kinderloses Ehepaar in die Neubaumiete geholt, welches eine tödliche Wohnung inne hatte, nur um einem Parteidienstlichen zu helfen? Wie steht es weiter mit der Begehung der Wohnung an den Schwiegereltern, der noch nicht an der Reihe war und von auswärts kam? Es muß doch eine Wonne sein, wenn der traditionärste bürgerliche Gemeindewerkschöner so warm für seinen SPD-Kollegen eintritt und von ihm als verschämter Wohnungsbuchender bezeichnet wird. Ist das nicht lächerlich? Einwohner, denkt daran am 17. November, so, man hat sich zweimal eine Abfuhr geholt. Man läßt alle Minen springen, um für zwei Freunde eine Neubaumiete zu erhalten. Was man es erreicht hatte, verächteten diese beiden auf die Wohnung.

Um die Schule an der „gerechten“ Wohnungsergebnis nach ihren Schülern abzuwählen, schreibt die Volkszeitung, die

... Ich als Kritikenunterstützungsempfänger ...

Tharandt. Am vergangenen Donnerstag fand eine von den aus der Partei ausgeschlossenen Renegaten einberufene Erwerbslosenversammlung statt. Als Referent war Schneider, Freital, erschienen. Er behandelte in fast zweistündigem Referat alle möglichen politischen Themen, und kam zum Schluss auf die Aufgaben der Arbeiter zu sprechen, insbesondere aber auf die der Erwerbslosen. Welchen Weg zeigte nun Schneider? Indem er mit reichlichem Zahlenmaterial die Vermögenswerte der Mütter und Standesherren zusammenrechnete, empfahl er die Enteignung und die Mobilisierung der Arbeiter für diese Fragen. (Dasselbe ist der Reichstagspräsident Löbe während des Kappkampfes.) Schneider mußte zugeben, daß die kommunistische Partei als einzige Partei ehrlich bestrebt sei, den Erwerbslosen in Frieden und gegen die weitere Verdringung der Arbeiterschaft zu kämpfen. Jedoch bei der Weg der Partei und ihre Taktik eine falsche, und der Ausgang dieser Politik werde das beweisen. Glaubt nur Schneider, mit seiner Lösung den Kampf gegen weitere Verdringung tatsächlich führen zu können? Nein, wirklich nicht, denn es kommt ihm weniger darauf an die bisherige Arbeit und auch Erfolge der Partei in der Mobilisierung der Massen zu behandeln, sondern alle ehrlichen Bemühungen herabzubauen und die Partei bei den Arbeitern herabzulegen.

Der Genosse Siegel trat den Ausführungen Schneiders mit aller Schärfe entgegen und behandelte in seinen Ausführungen den allein richtigen Weg, wie ihn die Partei vor den Massen aufzeigt. Nicht allein Proletarismus infestiert, wie Schneider sagte, sondern die Organisierung des Massenstreiks ist die Aufgabe der Arbeiterschaft unter Führung der Kommunistischen Partei. Die längeren Ausführungen des Genossen Siegel wurden mit Aufmerksamkeit aufgenommen.

Als nun Schneider nach einigen Ausführungen Blumerts das Schlußwort nahm, verabschieden die Arbeiter bis auf neuen Mann. Dafür glaubte Schneider, den Genossen Siegel mit seinen „parteidienstlichen“ Ausführungen verantwortlich machen zu müssen, indem er rief: „Die Vorbeeren bleiben allein der „offiziellen“ Partei und seinem Vertreter!“ Schneider merkt gar nicht mehr, daß die Arbeiter sich solche Ratschläge, wie er sie gab, auch im RVD-Dienst hören. Politische Klarheit kann man von diesen Bankrotteuren nicht erwarten. Sie haben vollständig das proletarische Bewußtsein, das vielleicht noch vorhanden war, verloren. Die Anfangsworte Schneiders in seinem Referat: „Ich als Kritikenunterstützungsempfänger ...“ war nicht richtig. Die längeren Ausführungen des Genossen Siegel wurden mit Aufmerksamkeit aufgenommen.

Vorwärts!

Klotzsche-Hellerau. Am vergangenen Sonntag fand hier der erste Auftakt der Kommunistischen Partei zur Gemeindewahlvorbereitung statt. Mit roter Marchmusik zogen vom Schänzelhof ab ein Trupp lässenbemühter Arbeiter durch die proletarischen Viertel bis zur Hoffnung in Röhrnitz; begleitet von circa 20 Werbern, die in den Häusern Literatur verkaufen und zum Zeichnen auf den RVD-Wahlkarten aufzufordern. Die verdachten und hohlschreienden Geister des Spieles und die kommunistischen Besitzungen der Arbeiterschaft bewiesen, daß wir am rechten Orte waren. Hier der Beweis: In Literatur wurde verkauft für 28,25 Mark, gesammelt 18,60 Mark. Außerdem wurden 2 Neuaufnahmen für die Partei gefilzt.

Klotzsche. Wichtig! Kriegsopfer, Sozial- und Kleinrentner! Eure Renten sind in Gefahr! Der Raubzug der Reichsregierung an den Rentnern! Über dieses Thema spricht am Sonntag den 6. Oktober vormittags 10 Uhr im Gerichtssaal Klotzsche Stadtverordneter Hans Neuhof, Dresden. Erhält zahlreich.

Klio, Klotzsche-Hellerau.

Todesopfer eines Autounfalls

Riesa. Die bei dem durchfahrenen Autounfall, der sich am Sonntag abends auf der Pauschler Straße ereignete, schwer verletzte Frau Göthe ist am Dienstag vormittag im Städtischen Krankenhaus gestorben.

Preisausschreiben der „Arbeiterstimme“

Bedingungen

An dem Preisausschreiben kann sich jeder Abonnent der Arbeiterstimme beteiligen, welcher bis zum 21. Oktober 1929 die richtige Lösung an den Verlag der Arbeiterstimme, Dresden A 1, Güterbahnhofstr. 2, einsendet. Der richtigen Lösung müssen beigelegt werden:

1. Die Quittung für den ganzen Monat Oktober 1929.
2. Der von einem neuen Leser ausgefüllte Bestellschein für die Arbeiterstimme.
3. Als Bestellschein darf nur der mit dem Preisrätsel abgedruckte Verwendung finden.

Für die richtige Lösung werden 30 Goldpreise im Gesamtbetrag von

500 Mark

ausgesetzt. Die Preise sind:

1. Preis	100 M. = 100 M.
2	80 * = 80 *
3	50 * = 50 *
4—5	25 * = 50 *
6—8	20 * = 60 *
9—18	10 * = 100 *
19—30	5 * = 60 *
30 Preise, Gesamtbetrag	500 M.

Die Verteilung der Preise erfolgt der Reihe des Eingangs nach. Gehen mehr als 30 richtige Lösungen ein, so erfolgt Auslösung der Preise durch den Rechtsanwalt Dr. Rolf Helm, Dresden, Ostra-Allee 13.

Die Auslösung ist endgültig und schließt jeden Rechtsanspruch aus. Angestellte des Verlages sind von der Preisverteilung ausgeschlossen.

Die Verteilung der Preise bzw. Auslösung erfolgt am 18. November 1929.

Die Preisträger erhalten eine schriftliche Benachrichtigung durch den Verlag und werden in der Arbeiterstimme veröffentlicht. Gegen Verteilung der schriftlichen Benachrichtigung kann der zugesprochene Preis an der Kasse des Verlages der Arbeiterstimme erhoben werden.

VERLAG DER ARBEITERSTIMME
Dresden-A 1, Güterbahnhofstr. 2.

Silbenpreisrätsel

Aus nachstehenden 41 Silben sind 14 Wörter zu bilden, welche folgende Bedeutung haben:

1. Weiblicher Vorsname, 2. Baumart, 3. Kunstmuseum, 4. Gewerbebetrieb, 5. Edelstein, 6. Humanist, 7. Handwerker, 8. Weiblicher Vorsname, 9. Grundstoff, 10. Landwirtschaftlicher Betrieb, 11. Süßfrucht, 12. Betrieb der Eisenbahn, 13. Gewürz.

Sind die Wörter richtig gefunden, so ergeben deren Anfangs- und Endbuchstaben, letztere von unten nach oben gelesen, einen Satz, dessen Bedeutung kein Proletarier vergessen sollte.

a —baum — be — dampf — del — di — der — dre — e — e — ei — er — gend — he — he — heim — i — im — ing — ju — ke — le — le — lo — mant — me — ment — mus — na — na — ne — ne — ne — ras — re — rei — rei — schnell — sen — trieb — wer

Bestellschein

Hiermit bestelle ich die

ARBEITERSTIMME

und verpflichte mich zu einem Mindestabonnement von 3 Monaten. Die Lieferung soll erfolgen vom...

***** 1929. Beilagen: Der rote Stern (illustriert), Bilder der Woche, Der proletarische Kulturmobil, Mensch und Energie, Proletarische Sozialpolitik, Für unsere Frauen, Der revolutionäre Jungarbeiter, Der kommunistische Genossenschaftsverein.

Preis monatlich frei Haus 2,50 Mark

Name Stand

Ort Straße

Eigenhändige Unterschrift des Bestellers

Bestellt durch

Bestell-Nr.

Bestell-Ort

Bestell-Name

Bestell-Adresse

Bestell-Telefon

Bestell-Zeit

Bestell-Monat

Bestell-Jahr

Bestell-Nummer

Bestell-Postamt

Eisenbahner, organisiert den Kampf für zwischentarifliche Lohnforderung!

Die Not der Eisenbahner, ihr langes Gebundensein an den Schiedspruch Wissels vom Frühjahr dieses Jahres und die Weigerung der reformistischen Gewerkschaftsführung, die notwendigen Kämpfe um die Existenzforderungen der Eisenbahner zu organisieren, veranlaßte die revolutionäre Opposition in mehreren Konferenzen, zu den Aufgaben Stellung zu nehmen. Für den Bezirk Mitteldeutschland, zu dem auch Ostfalen gehört, fand am Sonntag, dem 29. September, in Halle eine aus allen Teilen dieses Bezirkes gewählte Delegiertenkonferenz der revolutionären Eisenbahner statt. Die von gutem Kampfgeist getragene Konferenz nahm aus den einzelnen Dienststellen und Bezirken die Berichte der Delegierten entgegen, die auf Grund eines ausführlichen Referates des Gen. Verz. M. d. R. sich lebhaft an der Diskussion beteiligten. Nach langen Beratungen und der Festlegung organisatorischer Aufgaben zur Vorbereitung des Kampfes wurde nachfolgender Aufruf an die Eisenbahner einstimmig angenommen:

An die deutschen Eisenbahner!

Kollegen!

Seit einigen Monaten arbeitet Ihr zu den Löhnen, die auch der leige Hungerdiedspruch, der von dem sozialdemokratischen Arbeitsminister Wissel „für öffentlichen Interesse“ für verbindlich erklärt wurde, drohte. Bis zum 31. März 1921 sollt Ihr an die festgelegten Kultlöhne gebunden sein. Viele von Euch, die geglaubt haben, daß Ihr Ihre wirtschaftliche Existenz durch den Schiedspruch bessern werde, müßten heute zugeben, daß ebenso wie das bei früheren Lohnbewegungen der Fall war, auch diesmal die Reichsbahnhauptverwaltung das Geschäft gemacht hat, während auch das Geprust des Massenelends in immer stärkerem Maße bedroht.

Auch die Eisenbahner will die Bourgeoisie durch eine systematisch betriebene Ausbeutung ihrem Diktat unterwerfen.

Berücksicht wird die Lage noch dadurch, daß die Eisenbahner die Leute, die von den internationalen Spekulanten durch den Young-Plan der deutschen Arbeitersklasse aufgebündelt werden, in erster Linie mittragen sollen. Neue raffinierte Rationalisierungsmethoden, die, das steht heute schon fest, weitere Betriebschließungen zur Folge haben, werden die bisherige Ausbeutung noch steigern. Die Eisenbahner bleiben demzufolge von der Erwerbslosigkeit nicht verschont. Weitere Folgen der Rationalisierung sind: Noch gräßiger Betriebsunzähligkeit, Zunahme der Unglücksfälle und ein Ansteigen der Krankenziffern.

Was unternimmt demgegenüber die Gewerkschaftsbürokratie?

Wie immer hat sie auch bei der verlorenen Lohnbewegung vom ersten Tage an mit den Klassenfeinden gemeinsame Sache gemacht. Sie mahnte zur „Ruhe“ und „Besonnenheit“ und feilte monatelang um die paar Pfennige, die durch die unerhörte Steigerung der Lebensmittel und Bedarfssatze, die jedes kommen läßt, auch keinen Nutzen gebracht haben. Um ihren arbeiterfeindlichen Kurs ungestört fortführen zu können, läßt die Gewerkschaftsbürokratie den hassenbewußten Teil der Eisenbahner aus dem Verbande aus.

Mit allen Mitteln des Kläffenverrats bekämpft sie die Opposition. Am trühesten zeigt sich das gegenwärtig bei dem berüchtigten Kampf der Fabriker in Berlin. Und das alles unternimmt die Bürokratie im Namen der geheiligten Demokratie!

Proletarische Solidarität für die streitenden Berliner Rohrleger

Mitteldeutschland will einen Waggon Lebensmittel für die streitenden Rohrleger Berlins aufbringen

Die JfA Halle-Merseburg hat am Mittwoch, dem 2. Oktober, für die kämpfenden Rohrleger folgende Lebensmittel nach Berlin geladen:

13 Jentner Reis, 2 Jentner Echsen, 2 Jentner Graupen, 8 Jentner Äpfel, 2 Jentner Schmalz, 1 Jentner Kakao, 2 Jentner Nudeln, 8 Jentner Linien, 5 Jentner Margarine.

Um diese Lebensmittel aufzubringen, hat die Belegschaft des Allgemeinen Konsumvereins Halle 800 Mark gespendet.

19 Jentner wurden von der Geschäftsführung der Konsum- und Spargenossenschaft Merseburg der JfA zwecks Weiterleitung nach Berlin zur Verfügung gestellt.

Zu suchen: Nebenerwerb

Von Katja

Die Seiten sind knapp, und ich suche einen passenden Nebenerwerb. Aber was kommt als Verdienstmöglichkeit für ein weibliches Wesen ohne jede besondere geniale Veranlagung in Betracht? Ich durchsuche die Zeitungen — vielleicht enddeste ich durch ein verlockendes Angebot ungeahnte Talente in mir.

Die Fremdenführerin

Und hebe da — es findet sich Auswahl in schwerer Menge. Bis erstes:

Fremdenführerin gesucht. Elegante Damen wollen sich melden ...

Warum nicht? Berlin ist uns ja nicht unbekannt, also auf in die Friedrichstadt.

In einer Nebenkosten finde ich das ersehnte Firmenchild über einem eindrücklichen Schaufenster mit hübschem Spiegeln. Beim Eintritt sieht die Geschichte schon anders aus: antike Tapete mit himmelwärtsendem Blüten, schmückende Korbblüte, müffige Rissen und Deelen. Eine gewandte Dame empfängt mich und lädt mich auf:

Der Betrieb sei neu aufgezogen in der Erwartung auf zukünftigen fabelhaften Kundenstrom, augenblicklich sei zwar noch wenig zu tun, es sollen aber bis 100 Damen engagiert werden. Tagesverdienst 10 Mark außer Spesen. „Sie haben doch Telefon?“ Ich muß leider verniesen, aber ich werde es mit sofortigen Lachen lachen. Ein leises Lächeln hält über ihr Gesicht, und sie lädt fort:

„Sie haben schon einen Kursus absolviert?“

„Kursus? Was? Ich kenne doch Berlin als gebürtige Spreewohnerin in und auswendig!“

„Ja, es gibt aber in unserem Unternehmen gewisse Richtlinien, politisch und künstlerisch — — —“

„O gewiß werde ich Sie berücksichtigen, selbstverständlich, das bedarf ja nur weniger Minuten — — —“

„Wie haben einen Kursus eingerichtet, den Herr Direktor selbst abhält. Kostenpreis nur 25 Mark.“

Ich überlege: 25 Mark sind ja bald eingeholt, wenn ich täglich 10 Mark verdiene, noch dazu kostenlos Berlin und Umgebung beschäftigen kann. Aber halt ...

„Sie garantieren mir doch, daß ich dann sofort angestellt werde?“

„Um juristische Verpflichtungen übernimmt die Firma nicht, und wir müssen doch erst sezen ...“

„Ich glaube, ich lasse mir vorläufig noch kein Telefon legen.“

Kollegen!

Hunger und Elend sind das Resultat reformistischer Lohnpolitik. Wenn Ihr trotzdem bei den Bettelstreikwahlen in der Weise dichten Verzerrern eure Stimme gegeben habt, so kommt Ihr schon heute feststellen, daß euer Vertrauen von den Reformen auf das schändlichste missbraucht worden ist.

Soll das so weiter gehen?

Wollt Ihr weiter den Vorwelen des Vertrags und der Feigheit folgen?

Ihr müßt euch weben, euch aufräumen und mit der Kraft, die Ihr als Eisenbahner darstellt, eure Lage verbessern. Ihr müßt eure früher oder später entscheiden, ob ihr tapfer zuschreien wollt, wie Arbeitslosigkeit und Elend ins ungemeine steigen. Einheit und Geschlossenheit der Eisenbahner ist aber Voraussetzung zu einem erfolgreichen Kampf gegen die Reichsbahnhauptverwaltung und den Reformismus. Wer angelebt der zugespitzten politischen und wirtschaftlichen Lage, der immer weiter herabdrückt der Lebenshaltung der gesamten Arbeiterschaft, sich dem Hungerdiedspruch bis zum 31. März 1921 fügen will, unterstüzt die Pläne der Reichsbahnhauptverwaltung.

Die revolutionäre Opposition ruft euch auf, alle Kräfte für einen auertariflichen Lohnkampf zu mobilisieren. Die Konferenz der revolutionären Eisenbahner für die Mitteldeutschen Bezirke vom 29. September 1920 in Halle schlägt euch folgende Forderungen vor:

Generelle Lohnhöhung um 20 Pf. pro Stunde.

Uneingeschränkten Achtstundentag und entsprechenden Lohnausgleich.

Einführung der 15-Stunden-Woche.

Belebung der Dienstdauervorwürfe.

Reduzierung der Lohngruppen von 8 auf 3.

Belebung der Ortslohnstaffeln.

Belebung des Wirtschaftsgebietes 1.

Nehmt überall zu diesen Forderungen Stellung, bildet die Organe, die euren Kampf führen. Organisiert in allen Werkstätten und Betrieben revolutionäre Vertrauensmännerkörper.

Nehmt Stellung zu dem am 30. November und 1. Dezember dieses Jahres stattfindenden Reichskongress der revolutionären Gewerkschaftsopposition.

Wählt Delegierte!

Es lebe der Kampf der Eisenbahner gegen Ausbeutung und Elend!

Die revolutionäre Opposition der Eisenbahner.

Bezirk Mitteldeutschland.

Ostfalen — Westfalen — Erzgeb.- Vogtl. — Thüringen — Halle-Merseburg — Magdeburg.

Oppositionssieg im DMV Halle

Am Sonntag, dem 29. September, fand in diesem Jahre zum dritten Male die Wahl der Ortsverwaltung des DMV statt. Trotz aller Versuche des sozialdemokratischen Bezirksleiters Köhler und seiner brandenburgischen Handlanger Dreher und König, die Wahl einer oppositionellen Ortsverwaltung zu verhindern, haben sie wiederum eine entscheidende Niederlage geholt. Bekanntlich wurde die erste Wahl im Frühjahr für ungültig erklärt. Ebenso erging es der zweiten Wahl, wo mit 13 Stimmen Mehrheit die Kandidaten der revolutionären Metallarbeiteropposition zur Ortsverwaltung gewählt wurden. Damals schon kündete Köhler an, daß die von der Vertreterversammlung mit Mehrheit gewählte oppositionelle Ortsverwaltung vom Vorstand nicht anerkannt werden würde. Das ist auch unter Anwendung von Lügen und Verleumdung gelungen. Bis zur am Sonntag erfolgten Neuwahl haben die Renegaten Dreher und König im Auftrag der Sozialdemokratie die Ortsverwaltung kommissarisch verwaltet. Unter ihrer Herrschaft ging Köhler dazu über, Dutzende von oppositionellen Kollegen auszuschließen oder ihnen zumindest ein Verfahren anzuhängen zu dem offensichtlichen Amt, sie für die Vertreterversammlung auf, auf der die Wahl stattfand, auszuhalten. Obwohl besonders der Renegat König mit allen Mitteln des Verbandsapparates die Neuwahl oppositioneller Vertreter verhindern wollte, hat die Opposition auf der Vertreterversammlung erneut die Mehrheit bekommen. Erneut haben die Sozialdemokraten zugunsten der Liste der Renegaten ihre eigene Vorlagsliste, wie schon bei der vorigen Wahl, zurückgezogen, erhielt die Liste der revolutionären Gewerkschaftsopposition 86 Stimmen, während die Renegatliste nur 71 erhielt. Eine ganze Anzahl sozialdemokratischer Delegierter hat sich ancheinend angefeindet von dem verhandlungsfähigen Kreis der Köhler und seiner Freunden, der

Stimme enthalten und zum Teil den Saal verlassen. Nachdem alle Versuche der DMV-Bürokratie, die Stimme der oppositionellen Metallarbeiter in Halle zu unterdrücken und ihnen eine reformativische Ortsverwaltung aufzuzwingen, gescheitert sind, steht die Frage, ob der Vorstand es wiederum wagen wird, die ordentlich erfolgte Wahl für ungültig zu erklären. Die halleischen Metallarbeiter müssen jetzt schon darauf rüthen, unter Führung der Opposition den härtesten Kampf gegen die Verbandsälteste, für die Einheit der halleischen Metallarbeiter aufzunehmen.

Der Vormarsch der Opposition bei den Berliner Buchdruckern

Für den Hauptvorstand des Buchdruckerverbandes hat der Gau Berlin drei Kandidaten zu wählen. Da die Kandidaten der Opposition in der Berliner Generalversammlung die notwendige Unterstützung erhielten, mußte eine Neuwahl stattfinden, deren Resultat jetzt vorliegt. Es zeigt ein rassisches, starkes Auftreten der Opposition. Der oppositionelle Spitzenkandidat Engelmeier erhielt mit 5584 Stimmen die höchste Stimmenzahl von allen Kandidaten.

Abgegeben wurden 12 580 Stimmen, davon waren 360 ungültig.

Die oppositionellen Kandidaten erhielten eine durchschnittliche Stimmenzahl von 4818 Stimmen.

Die sozialdemokratischen Kandidaten erhielten eine durchschnittliche Stimmenzahl von 4031 Stimmen.

Dem oppositionellen Spitzenkandidaten fehlen nur 511 Stimmen zur absoluten Mehrheit. Bereits an seinen Stimmen erhielt die Opposition 44 Prozent der abgegebenen Stimmen.

Ein Vergleich mit früheren Wahlen zeigt den rüttmäßigen Fortschritt der Opposition.

Bei der Verbandsstagswahl 1926 erhielt die Opposition 14 Prozent der abgegebenen Stimmen.

Bei der Verbandsstagswahl im Mai 1929 wurden 12 036 Stimmen abgegeben, wovon die SPD 9396, die Opposition 2671 Stimmen buchen konnte. Im Mai 1929 hat also die Opposition 22 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten, im Oktober 1929 44 Prozent.

Dieses Resultat ist das Ergebnis des energischen Eintretens der Opposition für die Interessen der Gesamtarbeiterchaft, wie es auf dem 4. AG Kongreß und dem 6. Weltkongreß der Komintern beschlossen wurde. Die Kandidaten, die früher die Leitung der Opposition in Händen hatten, hatten sich gescheitert, eine genügend starke Kritik am Verhalten der reformistischen Verbandsbürokratie zu üben, und sie wagten es nicht, die Kämpfe gegen Lohnhöhe, höhere Lohn und den Siebenstundentag zu organisieren. Deshalb konnten sie das Vertrauen dreier Millionen nicht gewinnen.

Nur mit der energischen Wahrung der Interessen der Gesamtarbeiterchaft sind heute die kämpfereidigen Buchdrucker um die Fahne der Opposition zu kämpfen. Dafür ist Berlin ein Beispiel. Der Vormarsch der Opposition in Berlin ist eine Ermutigung für alle Kollegen im Reich, um mit verdoppeltem Energie ihre Arbeit durchzuführen.

Dies steht nicht nach Vertreibung aus, denn da stellt man so mindestens ein — sie kosten ja nichts. Ich versuch's.

Im alten Westen ein Gläser-Bändagengeschäft. Im Büro liegen auf einem Tisch medizinische Bücher aufgeschlagen, mit Abbildungen der Verdauungsorgane, um ihn herum stehen etwa ein halbes Dutzend Damen. Vom Sofa aus dirigiert ein Herr, tipp-topp in Tracht, mit Cäcilienköpfchen innere Medizin. Und das große Geheimnis tritt endlich zutage: es handelt sich um den Betrieb von Magenpfeifen!

Ob er's wohl mit 1 Herrn, 2 Damen schafft? Oder sollten 1 und 2 ein Druckfehler sein?

Die Magenpfeife

Das waren so die negativen Geldverwerbsexperimente. Nun sollten aus der Dämmerung meiner Zukunft auch mal positive Experimente aushinken. Ich versuchte nämlich den umgekehrten Weg und inserierte selbst. Heil! Es kamen:

Eine Immobilienfirma, die Auslässe gegen Provision suchte — ein Aufzugsbedarf für solizierende Postkarten — der Mann stand leider vor dem ersten Aufzug — und — Frau Müller, Masseur, bat um meinen Besuch.

Sich massieren lassen soll gesund sein, selbst zu massieren nicht minder. Warum jagen, wenn sich ein neuer Weg zu Kraft und Schönheit eröffnet?

Frau Müller, eine Dame von fünfzig, auf dreißig frisiert, öffnet die Tür, mustert mich und will die Tür wieder schließen. Hallo, so schnell geht das nicht, ich bin doch bestellt. Einmal weißt du mich einzutzen, und ich bringe sie zum Reden.

Es wäre wohl nicht ganz das Richtige für mich, meint sie.

Aber wiejo? Was andere lernen können, kann ich doch auch.

Ja, das Verner ginge schnell und gut verdienen könnte, ich auch. Aber — sie fürchtet die Konkurrenz. Meine Vorgängerin hätte sich selbstständig gemacht und ihre Kunden mitgenommen, und wenn man eine elegante Wohnung hat, wäre es sehr leicht.

Ich betrüge Sie, ich bin ganz harmlos, auf eine ordentliche Wohnung wartet ich schon lange (dem Wohnungsamts sei's geagt!).

Frau Müller wird zufrieden, und nun kommt noch ein Geschäftsgeschenk: „Wissen Sie, ich mäßiere auch Herren, man muß doch leben. Aber die Herren wollen freundlich behandelt sein.“

Für freundliche Behandlung der Herren bin ich zu Hause, aber nicht im Waschsalottum, da wäre ich mehr für moderne Sachlichkeit. Ich bin nicht feige, aber ich flüchte.

Poësie

Nächstes Instanz:

Rebendeschäftigung vergibt Dir für H. V. Was mag dahinter stecken? Für einen Juristen kommt doch nur Maschinenschreiber in Betracht. Zur Not stümper ich mich mit meinen Kenntnissen durch, verlügen wie unter Hell. Es führt mich in ein Haus im sonstigen Viertel, Herr Dr. Jur., Schriftsteller nach dem Türtisch, öffnet selbst und führt mich liebenswürdig zurück zum Zimmer. Da stehen zwar keine Altenkräuter und Schreibmaschinen, aber mittin auf dem Tisch, auf roter Plüschedecke, prangt ein weißes Plakat mit schöner schwarzer Schrift:

Festgedichte zu allen Gelegenheiten! H. V. Herr Dr. Jur. lächelt milde: „Für jeden Auftrag erhalten Sie 30 Prozent.“

Schaut, da sind wir Selbstvergötter, hier ist kein Blumenpott zu gewinnen.

Bim ... bim ... bim ...

Nun eine ganz solide Angelegenheit: ein Zahnratztisch für Helfer. Nur Blut laufe ich nicht davon, drum stelle ich mich zu vorgezeichneten Zeit ein. Das Leitmotiv dieser Szene heißt: Bim — bim — bim — bim.

Als ich die Haustür öffne, höre ich bim — bim. Ich steige die Treppe hinauf und möche auch bim — bim. Ich betrete den Flur und sage mein Sprüchlein. Es macht hinter mir an der Türsturz bim — bim. Ich erreiche die Türe zum Wartezimmer — es geht wieder: bim — bim. Ich läufe auf — — — Allmächtiger! Ein Zimmer läuft, neben, wandeln etwa 30 Konkurrenten. Oh, läßt je ein Wartezimmer während der Sprechstunde so aus! Ich warte, bim — bim, es kommt noch eine, bim — bim, eine andere wird vorgelassen, bim — bim, es springt in jede Lücke eine neue — oder auch mehrere. Nach einer halben Stunde heißt es: die Stellung ist belegt. Wir wandeln die Treppe hinunter, und die Treppe hinauf kommt es noch immer bim — bim.

Faun-Lichtspiele

Strassenbahn 10, 15, 17 Stadt Leipzig Bahnhofstraße 10, 15, 17
Leipziger Straße 76
Neuestes Lichtspielhaus Dresden-Neustadt

Freitag, den 4. Oktober, 18 Uhr
das große Eröffnungs-Programm

Drei machen Ihr Glück
(Teure Heimat)
mit den Darstellern:
Ida Vanja, Hans Brauseweller, Fritz Schulz,
Jacob Tiedke usw.

Herzog Hans'l
Die romantische Liebesgeschichte
des Erbherzogs Jozsef mit der
k. u. k. Kostüme - Tochter
Anna Flöchl von Aussee
mit den Darstellern:
Werner Piltschau, Xenia
Denis usw.

Auf der Bühne steht zum Film die
Operettensängerin Cläre Körner

Rolf
der berühmte exzentrische Pan-
künstler vom Central-Theater
Groningen.
Erna Haaf
Die jugendliche Tanzattraktion
aller Zeiten.

Großes Orchester und musikal. Leitung des Herrn Cornelius
früher Kapellmeister des Ufa-Theater, Berlin.
Jeden Sonntag ab 2 Uhr Kindervorstellung.



44 90
Das ist der fantastische Preis
für dieses blendend schöne
Pullover-Kleid.

das Sie genau so gut zu Hause,
wie während Ihrer Berufs-
Tätigkeit tragen können.

Es ist aus dem dankbaren
Tricot-Melangehegeatellit,
in den Farben blau, marine,
rosenholz, rot und reeda,
und in den Größen 42-48
zu haben.

Fesch! — Nicht wahr?
Billig! — Gelt?

Und wir raten Ihnen, bald
zu kommen, wenn auch Sie
eins haben wollen.

MESSOWA
Kaufhaus für Bekleidung
Sachsen-Anhalt 62/63/64.

CHINA GEGEN RUSSLAND!
NEIN!
TSCHANGKAISCHEK GEGEN
DIE SOWJET-UNION
Orientieren Sie über die Zusammenhänge durch:
**TSCHANGKAISCHEKS
KRIEGSÜBERFALL...**
Kinotag aller Provinztheater 5 v.

Amtliche Bekanntmachungen

Freibau

Am Freitag, dem 4. Oktober 1929, nachmittags 17 Uhr,
findet im Freibaukloster Dorfstraße 9 — Gemeindeamt — die
Versteckung eines nichtbankwürdigen Schweines statt.

Das Schwein wird im rohen Zustande zum Preise von 50 Pf.
für ein Kind abgegeben.

Niederlößnitz, am 2. Oktober 1929.

Der Gemeinderat.

Dohna

Wegen Reinigung bleiben die Diensträume des Rathauses

Montag und Dienstag den 7. und 8. Oktober 1929

geschlossen.

Für dringliche Angelegenheiten sind die Dienststellen an beiden Tagen von 11 bis 12 Uhr geöffnet.

Im Standesamt werden Anmeldungen für Sierbefälle nur

Montag von 11 bis 12 Uhr entgegengenommen.

Dohna, am 2. Oktober 1929.

Der Stadtrat.

Dohna

Wegen Weißfalterung bleibt die Kurzbergtstraße vom 7. bis
9. Oktober 1929 für allen Autoverkehr gesperrt. Der Verkehr
wird auf die Straßen im Nügeln und Gelbwinkelteile verweisen.

Dohna, am 2. Oktober 1929.

Der Stadtrat.

Wegen Weißfalterung bleibt die Kurzbergtstraße vom 7. bis
9. Oktober 1929 für allen Autoverkehr gesperrt. Der Verkehr
wird auf die Straßen im Nügeln und Gelbwinkelteile verweisen.

Dohna, am 2. Oktober 1929.

Der Stadtrat.

Unsere günstige Preisbildung

für frische Vollmilch brachte unseren Mitgliedern im 41. Betriebsjahr 1928/29 eine

Ersparnis von — — 216 000 Reichsmark

Wir geben die frische Vollmilch als ein hochwertiges Volksnahrungsmittel nach wie vor zu einem niedrigen Preise ab. Der heutige Preis der in unseren Verteilungsstellen zur Abgabe gelangenden hygienisch einwandfreien Vollmilch beträgt

30 Pfennig je Liter

Konsumverein

Worwärts

Abgabe nur an Mitglieder

MarSchneider

Pirna, Gartenstraße 35
Schnell-Großmarkt für Wirtschaftsmittel und
bei Bedarf besondere Empfehlungen

Holz- u. Kohlen-
Handlung
Plönner-Kaserne
Um aktuelle Unterstützung bittet
Albert Hartwig, Pirna

Empfehlung
Arbeitskleidung

wie Anzüge, Hosen, Westen, Sport-
bekleidung in verschiedenen Stoffen
und Farben, auch nach Maß und Probe

IDA STROBEL, Pirna-Jessen Nr. 11

Herren- u. Damensalon
Vergnügtes und sauberes Bedienung empfiehlt
Martin Dietrich, Friseur
Neu-Großp. 1

Herrensalon

Sorgfältige und saubere Bedienung, empfiehlt
Otto Müller, Friseur, Pirna, Schmiedefstr.

Oberschlesische Steinkohle
und alle Sorten Briketts
empfiehlt
Arno Winkler, Neu-Großp. Nr. 9

Ausführung aller Bautischler- und
Glaserarbeiten / Wohnungseinrichtungen und Einzelmöbel jeder Art
Karl Thiele, Tischlermstr.
pirna-Göpik, Lohmener Straße 4

**Kohlen
und Brikette**
sowie Milchhandel. Um gütige Unter-
stützung bittet Otto Hipp, Neu-Großp.

Wilhelm Baede, Pirna

empfiehlt bestens
**Zigarren/Tabake
Alle Lebensmittel**

Wohin

in dem weiter? zu

Dresdens
Tagesgespräch
KRONE!
Vogelwiese
Wegen nur noch kurzer Gastspielzeiten
Elle geboten!

Niemand verleiht die Besichtigung d. größten
Reisenden Zoologischen Gartens

mit Ameisenbüchsen, Schildkröten, Sandpan-
ther, Rappen - Asiloppen, Grey-Zebra,
Götzenlöwen, Strauß, Alpenbergen usw.

Täglich ab 9 Uhr bis zum Eintritt der
Dunkelheit ununterbrochen zu besichtigen

Kartenverkauf für je 3 Tage an der Thea-
ter-Kasse „Circo“ und an den Circuskassen

Verkehrsanbindungen nach allen Richtungen

Lesen Sie „Bux“! Sie können die
10000 Mark belohnt bekommen, wenn Sie
Circus Krone besucht haben!

Günstl. unbekannte

Biere

liefern frei Haus und
Kantine

Erwin Rößig

Pirna

Alte Dresdner Straße

Sämtliche unbekannte

Biere

liefern frei Haus und
Kantine

Kurt Noack

PIRNA
Dahmeischer Platz

Verkehrslokal der Arbeiter
Zum Onkel Willy
Rudolfstraße 13
Kegelbahn
Gartenrestaurant

Feine Fleisch- und Wurstwaren
empfiehlt Karl Rarisch
Dresden-Alstadt, Mittelstraße 10

Die Peuvag drückt alles

Frische, gute Butter

Grill 1 Mark

Frische Eier

Mark 11 Pfennig und 10 Mark 105 Pfennig

empfiehlt

M. Leppert, Pirna

Markt, Schuhgasse 18 und Weizenhausstr. 14

Für sorgfältige
und saubere
Haarpflege
Für Damen und Herren sowie für Jungen
Haar und Kinderhaarschnitte empfiehlt
Kurt Seifert, Pirna, Schloßstr. 5
Damen- und Herrensalon

Frinds Opelräder
für Herren 98.50 RM.
für Damen 105.50 RM.
Pirna, Breite Straße 12

Alles was die Mode bringt
für Herren und Männer

in Damen-, Herren- und
Kinderbekleidung usw.

von billiger bis oberster Qualität finden Sie

in meinen Ateliers zu niedrigen Preisen

G. Jul. Röthig, Neugersdorf

C. BJELYCH
LPANTELEJEW
Schkid
DIE REPUBLIK
DER STROLCHE

Peter Madin Lampel schreibt:

In einer überreichten Spannung habe
ich dieses russische Führer-
geschäft gelesen. Zwei ehemalige Führer-
genossen dieses Jugendgeflügels oder
Besserungsanstalt für Schwesterlich-
bare haben es geschrieben. Wir werden
singerissen durch die Einfälle, die
Tollheiten der jungen Strolche, ihre
Entschlossenheit, ihren Ernst."

500 Seiten, Broschur 4.50 M., Gebund. 6.74

VERLAG DER JUGEND INTERNATIONALE BERLIN

Bierhandlung

Paul Müller, Copitz

Lederstraße 6, Telefon 6.52